

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auftakt zu einer konservativ-grünen Politik ?

Betrachtungen zu den eidgenössischen Wahlen

Ehrlicherweise müssen wohl alle politischen Beobachter einräumen, dass sie vom Ergebnis der eidgenössischen Wahlen überrascht worden sind. Auch die Akteure und die Parteistrategen, obwohl zu Optimismus verpflichtet und im nachhinein gerne mit Zensuren an die mehr oder weniger spekulativ prognostizierenden Medien zur Hand, haben realistischerweise nicht so viel erwartet: die Bürgerlichen insgesamt so viel Beharrungsvermögen, die Sozialdemokraten so viele Verluste und die Grünen aller Art so viel Widerstand. Weniger die Veränderung hat diesmal überrascht, sondern der Tatbestand, dass sie kaum stattfand.

Gewiss, in den letzten Wochen vor dem Wahltag wurden gar viele Strohefeuer angezündet und in manchen Medien geschürt — wobei immerhin anzumerken ist, dass den Wahlen in den Medien Raum gewährt wurde wie kaum je zuvor. Aus der «Hoffnungswahl», der «Wende» wurde indes nichts. Und dass es sich um die interessantesten Wahlen seit 1919 handeln solle, hat sich keineswegs bestätigt, weder im weitherum flauen Wahlkampf, noch in der Wahlbeteiligung, noch gar im Resultat.

War das alles nur Erfindung oder Manipulation, was uns da an Bewegung vorausgesagt wurde? Es wäre nicht statthaft, den Wahlausgang als Beleg für eine derartige These zu benutzen.

Denn es gab unstreitig Anzeichen eines Stimmungswandels, der sich zwar nicht überall, aber doch in einer ganzen Reihe von Kantonen politisch zu manifestieren versprach. Über das mögliche Ausmass war man seit den kantonalen Wahlen der letzten Jahre — etwa den Zürcher Wahlen im Frühling — einigermassen im Bild. Der Trend schien sich zu bestätigen in verschiedenen Meinungsumfragen von freilich unterschiedlicher Qualität, die indes immer mit dem Nachteil behaftet sind, ein noch nicht entschiedenes, zumeist nur vages Meinen zu erfassen. Auch die öffentliche Diskussion liess durchaus zumindest einen Denkkzettel für die etablierten Parteien erwarten.

Absage an die Stimmungsdemokratie

Doch die Stimmung war am 18. Oktober gebrochen. Wie ist das zu erklären? Zunächst wird man, wie bei jeder Wahlanalyse, die Eigenheiten unseres Wahlsystems in Erinnerung rufen müssen. Die eidgenössischen Wahlen sind nicht nationale, sondern eine Summe von kantonalen Wahlgängen. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die heterogene Parteienlandschaft — bei nur einem oder zwei Mandaten ist nicht dieselbe Vielfalt denkbar wie in Wahlkreisen mit 35 Sitzen —, sondern auch auf die Thematik des Wahl-

kampfs. Nationale Schwerpunktthemen, wie sie von den grossen Medien vermittelt werden, finden in spezifischen kantonalen Konstellationen unter Umständen kaum Resonanz. Und eindimensionale Zielsetzungen haben in kleinen Wahlkreisen ohnehin keine Chance. Immerhin ist festzuhalten, dass die Grünen nicht nur in den grossen Kantonen Erfolg hatten — hier schmälerten sie ihn allerdings durch Zersplitterung —; ihre besten Ergebnisse erreichten sie grösstenteils in mittelgrossen, politisch stabilen Kantonen, wie die Sitzgewinne in Baselland, im Aargau und im Thurgau sowie indirekt sogar in Schwyz zeigen.

Auch die geringe Wahlbeteiligung hat sich vermutlich dämpfend auf die erhofften oder befürchteten Veränderungen ausgewirkt. Die Stimmung, die unter dem Titel «Hoffnungswahl» geweckt und stimuliert worden war, enthielt in sich eine Komponente der Resignation, des «es nützt doch nichts», die sich auf der abstrakten Ebene einer eidgenössischen Wahl stärker bemerkbar macht als etwa in der konkret sachbezogenen Auseinandersetzung in einer Gemeinde. Die vielbeschworene Betroffenheit lässt sich im Akt der repräsentativen Demokratie weniger leicht mobilisieren als bei einem emotionsgeladenen Plebiszit.

Jedenfalls ist die Wahlabstinenz weiter angestiegen und hat die 50-Prozent-Marke nun deutlich übertroffen. Möglicherweise hat die einseitige Wahlkampfthematik nicht nur nicht mobilisiert, sondern im Gegenteil gewisse Wählerschichten — beispielsweise die traditionelle Linke — vom Urnengang abgehalten. Die bürgerlichen Parteien hingegen konnten bei geschrumpfter Wählerschaft ihre Anteile halten. Es ist nicht auszuschliessen, dass bei ihnen

das Gerede von Wendehoffnungen eine Reaktion des Widerstandes ausgelöst hat, dass sie von Proteststimmen profitiert haben. In diese Richtung weist der Erfolg der Autopartei, die sich ihrerseits — gewissermassen als Gegengewicht — der Stimmungsdemokratie verschrieben und mit emotionaler Militanz Protestwähler angesprochen hat.

Obwohl die Wahlen an beiden Rändern des politischen Spektrums derart emotionale Potentiale gegensätzlicher Art offenbart haben, lässt sich aber insgesamt feststellen, dass die Stimmungsdemokratie bald einmal an Grenzen stösst, sei es, weil Stimmungen sich rasch ändern und sich oft gegenseitig neutralisieren, sei es, weil der politische Entscheid, der dem Bürger an der Urne abverlangt wird, doch noch immer eine andere Qualität hat als ein spontanes, von momentanen Begebenheiten abhängiges Meinungsbild.

Risse in der parteipolitischen Stabilität

Die traditionellen Parteien haben dennoch allen Anlass, die Wahlen 1987 kritischer zu analysieren, als es das Ergebnis auf den ersten Blick nahelegt. Denn dass in der innenpolitischen Szene etwas in Bewegung geraten ist, haben sie im Wahlkampf zu spüren bekommen. Löst sich dieser Eindruck nun im nachhinein auf, oder muss man vielmehr annehmen, dass es sich um komplexere, gegenläufige Bewegungen handelt, die sich nur zufällig neutralisierten, und dass im Grunde die scheinbare Stabilität eine zunehmende Polarisierung verdecke? Die Frage stellen heisst noch nicht sie beantworten. Man ist vorläufig auf Vermutungen angewiesen.

Offensichtliche Spuren hat die Bewegung in den massiven Verlusten

der Sozialdemokratischen Partei hinterlassen. Weit mehr noch als bei den Mandaten haben die Sozialdemokraten bei den Wähleranteilen Einbrüche erlitten, in sechs Kantonen im geradezu katastrophalen Ausmass von fast einem Drittel der Stimmen. Augenfällig ist der Zusammenhang dieser Verluste mit entsprechenden Gewinnen der Grünen. Die SPS hat in der Schlussabrechnung denn auch die Zeche für den Erfolg der Grünen bezahlt. Aber die Interpretation dieses Zusammenhangs ist nicht so einfach. Denn die Sozialdemokraten haben offensichtlich nicht grüne, sondern gewerkschaftliche Wähler — und Mandate — verloren, und von den beiden grünen Gruppierungen hat nicht jene profitiert, die sich dezidiert für eine rot-grüne Allianz stark machte, sondern jene, die sich nach links abgrenzte und eher umweltbewusste bürgerliche Wähler ansprach. Wie also sind die Wählerbewegungen wirklich verlaufen? Haben sich Teile der traditionellen gewerkschaftlichen Linken in die Abstinenz geflüchtet? Wie haben die bürgerlichen Parteien die Abgänge zu den gemässigten Grünen kompensiert? Und woher stammen die Proteststimmen, die anstelle der Nationalen Aktion die Autopartei erhalten hat?

Einen Ansatz zur Erklärung der widersprüchlichen Strömungen kann man am ehesten im Aufsatz von Claude Longchamp über «die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens» finden (Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, Bern 1987). Longchamp geht aus von dem in einer seriösen Umfragereihe seit 1980 festgestellten Rückgang der Parteibindungen, der insbesondere bei den Regierungsparteien deutlich wird. Dieser führt einerseits zu

einer Zunahme der Wechselwähler, andererseits in einzelnen Fällen zu neuen Zuwendungen. Letzteres lässt sich vor allem für ökologisch ausgerichtete Parteien belegen. Die Parteien sehen sich in dieser Situation vermehrt zu einer Doppelstrategie gezwungen, wenn sie sowohl ihre Sympathisanten mobilisieren, als auch parteiungebundene Wähler ad hoc gewinnen wollen. Prognosen für einzelne Wahlgänge lassen sich aus dieser zunehmenden Instabilität nicht ableiten. «Veränderungspotentiale sind in mehrfacher Hinsicht angelegt; je nach der kurzfristigen Aktualität können sich ihre Auswirkungen neutralisieren oder potenzieren.»

Folgt man diesem politikwissenschaftlichen Pfad, so hätte man bei der jüngsten Wahl eine Neutralisierung der Auswirkungen erlebt. Es bliebe den Parteien die Aufgabe, die «kurzfristige Aktualität» genau zu analysieren, um für Gefährdungen der vermeintlichen Stabilität im Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen gewappnet zu sein.

Zweischneidige Umweltdiskussion

Am dominierenden Wahlkampfthema führt auch eine vertiefte Wahlanalyse nicht vorbei. Obwohl sich der Erfolg der Grünen in Grenzen hielt — die Grüne Partei hat immerhin ihr Minimalziel von 9 Sitzen erreicht, das Grüne Bündnis sein Ziel von 6 bis 7 Mandaten jedoch eindeutig verfehlt —, so hat doch die grüne Thematik bei praktisch allen Parteien in der Wahlkampf-führung einen hohen Stellenwert erhalten. Ein eigentliches Plebiszit war damit nicht mehr möglich. Dadurch, dass sich jedermann an der Umweltdiskussion beteiligte, hat sich diese aufge-

fächert und differenziert. Bezeichnenderweise sind denn auch die einseitigen «Tarife» aufgrund von Namensabstimmungen zu Minderheitsanträgen im Parlament in der letzten, entscheidenden Phase des Wahlkampfes in der Versenkung verschwunden.

Nachdem man in den umweltpolitischen Zielen und Absichtserklärungen der Parteien kaum mehr publikumswirksame Gegensätze entdecken konnte, konzentrierte sich die Auseinandersetzung immer mehr auf die politischen Mittel und Methoden, die der Erreichung dieser Ziele dienen sollten. Hier offenbarte sich dann die Kluft zwischen einer evolutionären Strategie, die sich auf bereits vorgenommene Gesetzgebungsarbeiten, einen zwangsläufig mühseligen föderalistischen Vollzug und auf ebenso zähe demokratische Mechanismen abstützt, auf der einen und einen auf den Notstand sich berufenden Katalog von sogenannten einschneidenden Zwangsmassnahmen auf der andern Seite. Hinzu kam, dass die Linke sich mitten im Wahlkampf doch auch noch auf ihre «roten» Programmpunkte besann und diesbezügliche Maximalforderungen gleich in den selben etatistischen Topf warf.

Damit aber drohte das geforderte radikale Umdenken die Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die gemässigten Grünen gingen rechtzeitig auf Distanz zu den sich anbietenden vielfarbigen Bundesgenossen, taten sich aber man-

gels praktischer politischer Erfahrung schwer in der Diskussion konkreter Massnahmen. Immerhin machten sie deutlich, dass ihr grünes Selbstverständnis eher zur Mässigung, zum Verzicht auf überbordende wirtschaftliche und soziale Ansprüche tendierte und damit näher bei den selbstkritischen Appellen umweltbewusster bürgerlicher Politiker lag.

Diese Position hat sich am Wahltag als glaubwürdiger erwiesen. Die grüne Thematik ist letztlich ein im besten Sinn konservatives Vehikel. In der Umweltpolitik geht es um die Erhaltung von Werten. Und dafür ist wohl der Appell zum Masshalten, notfalls auch zu Verzicht das einleuchtendere Rezept als dirigistischer Zwang. An unbequemen und kostspieligen Massnahmen wird man zweifellos nicht vorbeikommen. Sie werden aber nur im normalen politischen Willensbildungsprozess, in der üblichen langwierigen Überzeugungsarbeit zu realisieren sein. Die eidgenössischen Wahlen haben die grünen Hoffnungsträger klar in diese Marschrichtung gewiesen. Die bürgerlichen Parteien haben dieser konservativ gewendeten «Wende» standhalten können. Sie werden aber an den Folgen ihrer umweltpolitischen Sensibilisierung gemessen werden. Und der Erfolg der Grünen wird ihnen für kommende Bewährungsproben als Warnsignal dienen.

Ulrich Pfister

Das Jahr der grossen Einschnitte

«Am Vorabend des «schwarzen Montags» vom 24. Oktober 1929 waren nahezu alle angesehenen Volkswirtschaftler einig, dass die Hausse an der amerikanischen Börse wohlfundiert war wegen der Prosperität und den günstigen Perspektiven der Wirtschaft und der Stabilität der Preise (...). Das beweist, mit welcher Vorsicht die Prosperität einer Wirtschaft zu beurteilen ist, wenn sich potentielle Ungleichgewichte abzeichnen, die auf den ersten Blick relativ gering sind, aber einen tiefen Wandel der kollektiven Psychologie auslösen können.»

Aus einer im Mai 1987 erschienenen Analyse von Maurice Allais, der die Wahrscheinlichkeit eines nahenden vergleichbaren Zusammenbruches prognostizierte (zitiert von Paul Fabra, dessen eigene Prognosen nicht minder realistisch waren, in «Le Monde» vom 10. November 1987).

In der Krise wird alles überdeutlich, was zuvor nur als Schattenriss hinter dem Schleier der Tagesaktualität zu erahnen war. Natürlich waren der weltweite Börsenkrach und die damit einhergehenden Zuckungen auf den Devisenmärkten voraussehbar. An Alarmrufen besonnener Politiker und Notenbankiers hat es ebensowenig gefehlt wie an Vorwarnungen in der Presse, die seit Monaten die Erinnerung an den grossen Zusammenbruch von 1929 heraufbeschwor. Doch hat das alles nichts genützt. Das Ereignis, das etliche unter uns nicht wahrhaben wollten, ist eingetreten. Es ist ein historisches Geschehnis, weil es vieles verunmöglicht, was bislang gang und gäbe war; weil es manches verändert, das unverrückbar schien.

Freilich genügten nicht einmal ein Kurssturz um weit mehr als tausend Milliarden Dollar an den Aktienbörsen und eine dramatische Entwertung der amerikanischen Währung, um die Hauptverantwortlichen zu einer sofortigen Änderung ihrer Politik zu bewegen. Zunächst taten der amerikanische Präsident, der deutsche Bundeskanzler und der japanische Premierminister so, als sei kein Handlungsbedarf. Ein jeder wollte dem anderen den Schwarzen

Peter zuschieben. Aber in diesem Spiel gibt es drei Schwarze Peter. Werden der Infantilismus Washingtons, der Bonner Provinzialismus und der japanische Egoismus weiteren Schaden anrichten?

Die drei Riesen der Weltwirtschaft benahmen sich in den vergangenen Monaten und Jahren wie politische Zwerge mit entsprechend engem Horizont. Die Vereinigten Staaten (30 Prozent), Japan (10 Prozent) und die Bundesrepublik (5 Prozent) haben zusammen einen Anteil von 45 Prozent am Sozialprodukt der Welt — und wollten sich trotzdem aus der Verantwortung stehlen.

Der gefährlichste Krisenherd liegt in den Vereinigten Staaten. Der Börsenkrach, der von Wall Street ausging, und der Zerfall des Dollar besiegelten den Bankrott jener einst vielgerühmten *Reaganomics*, die dem Land ins Unermessliche wachsende Defizite des Staatshaushalts und der Leistungsbilanz bescherten. Dies ist einmal mehr eine Mahnung, sich vor wirtschaftsliberalen Ideologen — wie überhaupt vor Ideologen — in acht zu nehmen. Meist bewirkt ihre Praxis das Gegenteil dessen, was die Theorie versprach.

Die Vereinigten Staaten und die gesamte westliche Welt werden noch

jahrelang darunter leiden, bis die Reaganschen Milliardenschulden endlich abgetragen sind. Es wird ein steter Druck auf den europäischen und dem japanischen Partner lasten, denn immerzu wird ein notleidendes Amerika versuchen, sich auf ihre Kosten zu sanieren: sei es durch Protektionismus, sei es dank einer ununterbrochenen Talfahrt des Dollar, welche die Exportländer in Bedrängnis und das europäische Währungsgefüge durcheinanderzubringen droht. Eine Rezession, bestenfalls ein stark gebremstes Wirtschaftswachstum, sind wohl unvermeidlich.

Deutschland und Japan, die vor vier Jahrzehnten ihre weltpolitische Bedeutung einbüßten und der Geschichtsmächtigkeit entsagten, rücken wieder in den Brennpunkt. Aber beide Länder sind ihrer neuen Rolle und Verantwortung (noch) nicht gewachsen. Die den Japanern eigene Insulaner-Mentalität scheint derzeit auch die Haltung der Regierenden in Bonn zu bestimmen. Viel zu lange sonnten sie sich in ihrer wirtschaftspolitischen Tugendhaftigkeit. Sowohl Bonn als auch Tokio sind dem Irrglauben an eine neue, «moderne» Abart des Merkantilismus erlegen, als brächte ein gewaltiger Überschuss der Ausfuhren über die Einfuhren nur Vorteile. Bald mag sich herausstellen, dass die politischen Nachteile überwiegen.

Die Schweiz kann es sich dank ihres geringen Gewichts leisten, als Tugendbold Sonderwege zu gehen. Die Bundesrepublik aber mit fast siebenfachem Sozialprodukt nutzte ihre bewundernswerte Wettbewerbskraft in einem Masse, das die schwächeren Handelspartner auf den Plan rufen musste. Sowohl die amerikanische Schutzmacht als auch die europäischen

Freunde in der Zwölfer-Gemeinschaft — allen voran Frankreich — tun sich immer schwerer, die allzu auffällige deutsche Überlegenheit im Wirtschaftlichen zu verwinden. Das krasse Ungleichgewicht ist eine Bedrohung für den freien Welthandel und eine zusätzliche Belastung für den europäischen Einigungsprozess.

Die kurzsichtigen Doktriniere der Sparsamkeit, namentlich der Finanzminister Gerhard Stoltenberg, wären gut beraten gewesen, sich in ihrem Pyrrhuserfolg zu bescheiden. Grob vereinfachend und überspitzt ausgedrückt, haben die deutschen Sparer, die zu den eifrigsten der Welt zählen, statt deutscher die amerikanischen Defizite finanziert. War die Bundesrepublik wirklich so klug, sich einzuschränken, um mit dem Ersparten die amerikanischen Verrücktheiten zu subventionieren?

Nun können Deutschland und Japan als übergewichtige Gläubiger und Exporteure ihre Wirtschafts- und Sicherheitspartner, die gesündigt haben, nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. In der Regel ist es so, dass auf die Dauer der Schuldner am längeren Hebelarm sitzt. Die Deutschen und die Japaner hätten rechtzeitig, und sei es durch dosierte Ausgabenprogramme und Ankurbelungsmassnahmen, ihre Wirtschaftskraft wieder etwas stärker nach innen richten sollen, statt sie nach aussen auszuspielen.

In der Krise wird plötzlich alles überdeutlich: die Fehler der Vergangenheit; die Einfalt der Dogmatiker hüben wie drüben; die Verkettung der nationalen Volkswirtschaften — und die Rankünen, der historische Ballast. Amerikanischerseits wurde den Deutschen bereits zum Vorwurf gehalten, dass sie sich, unsolidarisch, für die sei-

nerzeit im Rahmen des Marshall-Plans gewährte Wiederaufbauhilfe nicht erkenntlich zeigten. In Frankreich mehrten sich die Stimmen, die vor der Umwandlung unseres Alten Kontinents in eine «D-Mark-Zone» warnen, als stünde eine neue Besatzung an. Das sind emotionale Reaktionen; sie zeigen aber, dass die Kalamitäten an den Börsen und Devisenmärkten schnell genug die Verhältnisse in der Atlantischen Allianz wie in der Europäischen Gemeinschaft zerrütten könnten, falls die Entwicklung nicht gemeistert wird.

Zweifellos sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Urheber der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Aber den Europäern obliegt es, die wichtigste Lehre aus der Krise zu ziehen. Sie sind

doppelt herausgefordert. Die Verantwortungslosigkeit und Unberechenbarkeit einer zum *leadership* unfähigen amerikanischen Führung gebietet den Europäern, mehr und mehr auf ihre eigene Währung *und* auf ihre eigene Verteidigung zu bauen. Das Jahr 1987 wird als eines der grossen Einschnitte in die Geschichte eingehen. Der Börsenkrach fiel zusammen mit dem ersten Durchbruch im Abrüstungsprozess zwischen den zwei Supermächten USA und UdSSR. Es wurde damit zweifach signalisiert — einmal im Negativen, das andere Mal im Positiven —, dass die europäischen Staaten entschiedener als bisher ihre Einigung betreiben müssen, um sich endlich von Objekten zu Subjekten der Weltpolitik zu verwandeln.

Roger de Weck

Unter dem Titel «Globalisierte Märkte — Globalisierte Baisse» erscheint im Januarheft ein Aufsatz von Heinz R. Wuffli.

Die Russische Armee — 1917

In den Revolutionswirren des Jahres 1917 spielte die *Russische Armee* eine bedeutende Rolle. Das Millionenheer des Russischen Reiches war ein Machtinstrument, dessen Bedeutung nur die Linksozialisten richtig erkannten und für ihre Pläne auszunützen vermochten. Die Politik dieser Parteien und Gruppierungen zielte daher auf die innere Zersetzung der Armee, um zu vermeiden, dass die Truppen gegen sie eingesetzt werden könnten.

Der Erste Weltkrieg hatte die *Russische Armee* unvorbereitet getroffen. Niemand war auf einen längeren Krieg gefasst. Die Reserven waren rasch ver-

braucht, und die Versorgung von Millionen von Soldaten stellte die Verantwortlichen bereits nach dem ersten Kriegsjahr vor unlösbare Probleme. Man ging äusserst sorglos mit den Militärkadern um. Die Fronttruppen wurden zu Anfang weit über ihren Bedarf mit Offizieren ausgestattet; die Unteroffiziere machten zeitweise bis zu 40 Prozent der Mannschaft aus. Die Verluste waren enorm. Zwar wurden in den ersten Kriegsjahren mehr als 15 Millionen Mann aufgeboden, aber es fehlten Mittel und Wege, um sie auszurüsten und zu bewaffnen. Bereits Ende 1916 verzeichnete die zaristische

Armee beinahe drei Millionen Tote, Verwundete und Vermisste. Die unfähige militärische Führung, die an den Fronten Niederlage nach Niederlage hinnehmen musste und die mangelhafte Versorgung der Soldaten bewirkten bei der Mannschaft wie im Offizierskorps zunehmende Unzufriedenheit.

Die Mannschaft bestand hauptsächlich aus meist analphabetischen Bauern. Schon 1915 hatten immer weniger Soldaten Interesse, sich für eine Sache zu schlagen, die sie im Grunde nicht als eigene betrachteten. *«Warum müssen wir die Deutschen bei Berlin schlagen, damit unsere Kinder und Enkel bei Irkutsk und Krasnojarsk friedlich ihre Felder bebauen können?»* so fragte ein sibirischer Schütze seinen Offizier 1915 in Galizien. Andere hatten offene Ohren für die Gerüchte, die aus dem Zarenhof kamen. Man brachte die Zarin, von Geburt eine deutsche Prinzessin, mit den Niederlagen in Verbindung. Und Rasputins «Zauber» auf die Zarin? Was ging im Zarenhof vor, während man an der Front in Dreck und Elend für den Zaren kämpfte?

Die Kriegsziele der Regierung waren für die Soldaten verschwommen. Eine politische Beeinflussung der Truppe gab es nicht. Ende 1916/Anfang 1917 war jede Kampflust der Armee verfliegen.

Der harte Winter

Der Winter 1916/17 war im europäischen Russland besonders hart ausgefallen. Darunter litt das Transportwesen, das die ihm gestellten Aufgaben nicht mehr zu lösen vermochte. Die Güterverteilung stockte. In den Städten kam es zu Lebensmittelknappheit,

worunter insbesondere die Arbeiter zu leiden hatten. Streiks und Arbeitseinstellungen waren in beängstigendem Ausmass an der Tagesordnung. Bereits im Oktober 1916 zogen Zehntausende von Arbeitern mit revolutionären Parolen wie *«Nieder mit dem Krieg!»* und: *«Nieder mit dem Zaren!»* durch die grossen Städte. Die Zahl der Fahnenflüchtigen wuchs. Sie fanden Unterschlupf in den Arbeitersiedlungen.

Vergeblich warnten die bürgerlichen Parteiführer die Regierung. Selbst die Ermordung Rasputins im Dezember 1916 bewirkte keine Änderung der offiziellen Politik.

Mit einer spontanen Frauendemonstration in den Strassen Petrograds (heute: Leningrad) begann am 23. Februar 1917 (nach der damaligen russischen Zeitrechnung) jene Bewegung, die binnen fünf Tagen den Zarenthron zum Einsturz brachte. Die Demonstranten trafen nur auf geringen Widerstand. Als am 25. Februar die der Polizei zugeteilten Kosaken-Einheiten in die Masse feuerten, kam die Volkswut vollends zum Ausbruch. Die Arbeiter schlossen sich den Demonstranten an: ein Generalstreik wurde verkündet und durchgeführt. Der Polizeipräsident forderte militärische Hilfe. Die Generäle, die über Truppen verfügten, hatten Bedenken, sie gegen die Revoltierenden einzusetzen. Als es doch dazu kam, stellten sich die Truppen — selber infiltriert mit sozialistischen und vor allem pazifistischen Parolen — auf die Seite der Manifestierenden. *Alle* — Sozialisten und bürgerliche Demokraten — forderten nunmehr die sofortige Abdankung des Zaren und die Bildung einer «demokratischen Regierung». Am 28. Februar ging auch Moskau in die Hände der Aufständischen über. Die

Unruhen erfassten immer grössere Teile Russlands und erreichten auch die Front.

Um zu retten, was noch zu retten war, dankte Nikolaus II. am 2. März ab. Er folgte damit dem Ratschlag seiner Generäle. Der von ihm designierte Nachfolger auf dem Thron, Grossfürst Michail, war jedoch nicht gewillt, das Erbe anzutreten. Die über 300jährige Herrschaft der Romanows in Russland fand damit ihr Ende.

Der Petrograder Sowjet

Anfang März 1917 wurde unter dem liberal-bürgerlich denkenden Fürsten G.I. Lwow eine provisorische Regierung gebildet. Sie sollte die Ordnung im Lande wiederherstellen und die Kriegsziele des «neuen Russlands» der Lage entsprechend neu formulieren. An dieser Regierung beteiligten sich alle Parteien, von den bürgerlich-liberalen bis zu den gemässigten Sozialisten, im Bestreben, Russland vom Absolutismus zur bürgerlichen Demokratie zu führen. Den Krieg an der Seite ihrer westlichen Verbündeten wollten sie aber fortführen.

Ungeachtet dieser Tatsache gründete die linke Fraktion der Sozialdemokratischen Partei (sie sollte sich bald von ihrer Mutter-Partei trennen und den Namen Bolschewistische Partei annehmen) mit linksorientierten Politikern zusammen Ende Februar 1917 das *Exekutivkomitee der Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten*, das sogleich seinen ersten Kongress einberief.

Das Wort «Sowjet» (man kann es mit «Rat» übersetzen, im Sinn von: «Rat der gewählten Vertreter der Betriebe und Truppenteile») hörte man in Petro-

grad nicht zum ersten Mal. Bei den Unruhen von 1905/1906 war dieser Begriff schon verwendet worden und hatte einen revolutionären Anstrich. Der Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet bestand aus 3000 Delegierten. Er war und blieb richtungweisend für alle übrigen «Sowjets» im Lande. Er zählte viel mehr Militärangehörige als Arbeiter.

Der Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet wurde von marxistischen Intellektuellen beherrscht. Ihre grösste Sorge galt vorerst der Armee. Diese war noch ein Machtfaktor (wenigstens auf dem Papier) und wurde von Zaren-Generälen geführt. In den Köpfen der Sozialisten spukte die Angst, dass irgendein General seine Truppe plötzlich gegen Petrograd führen könnte, um der Revolution den Garaus zu machen. Es galt daher, die neuen Ideen in die Armee zu tragen, selbst um den Preis von deren Auflösung.

So entstand am 1. März 1917 — unabhängig von der Regierung — jenes erste *Dekret* des Arbeiter- und Soldatensowjets, das zur Gründung von Soldaten-Komitees im Heer und in der Kriegsmarine aufrief. Diese sollten dem Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet verantwortlich sein und Einfluss auf die Truppe nehmen. Das Dekret verbreitete auch Misstrauen gegen das Offizierskorps und forderte die Aufhebung von dessen Privilegien. Dazu wünschte man, dass die Offiziere von der Mannschaft gewählt werden sollten und bei fehlendem Vertrauen auch abgesetzt werden könnten.

Die Regierung Lwow, die sich im Hinblick auf die abzuhaltenden geheimen Wahlen als «provisorisch» bezeichnete, liess den Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet (fälschlicherweise) gewähren.

Der Kriegsminister sanktionierte sogar in einem Tagesbefehl das *Dekret Nr. 1* des Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjets, denn er hoffte sich dadurch das Wohlwollen dieses Organs zu sichern. Gleichzeitig wurden 120 Generäle entlassen: sie galten als «Stützen des Zaren».

Den Krieg wollte auch die *Provisorische Regierung* fortsetzen. Mit chauvinistisch-sozialpatriotischen Parolen (wie «Sieg, aber ohne Kontribution und Annexion!») wurde ein «revolutionärer Krieg» proklamiert. Dieser sei nötig, begründete man, um die Ehre Russlands zu retten. Dabei diene die Fortführung des Krieges gegen die Zentralmächte nur den Interessen der Westmächte. Diese befürchteten bei einem Waffenstillstand im Osten eine Verstärkung der deutschen Truppen an der Westfront und setzten alles daran, um die «Provisorische Regierung» in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Lenins Rückkehr

Wladimir Iljitsch Lenins Rückkehr nach Russland am 3. April — sie kam bekanntlich mit deutscher Unterstützung zustande — hatte die Wirkung eines Erdbebens. Der Führer der Linksozialisten (bald nannten sie sich Bolschewiken) formulierte sein Programm unmissverständlich: «*Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung! ... Keine parlamentarische Republik ... sondern eine Republik der Arbeiter und Bauerndeputierten im ganzen Land!*» Lenin setzte sich für die Abschaffung der «Bürokratie», der Polizei und der Armee ein. Das stehende Heer sollte durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden. Der gegenwärtige Krieg muss sofort beendet werden!

Das Verhältnis der Bolschewistischen Partei (Mitgliederzahl etwa 25 000) zur Provisorischen Regierung wurde immer unfreundlicher, ja ausgesprochen feindselig. Lenin stützte sich in erster Linie auf den Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet und versuchte dort für seine politischen Ziele Einfluss zu gewinnen. Der Sowjet war jedoch in dieser Zeit noch in den Händen der «gemässigten» Sozialisten; diese liessen nicht zu, dass Lenin ihre Politik bestimmte. In einem Punkt waren sie aber einig: in der Antikriegs-Agitation.

Im Mai 1917 wurde die Provisorische Regierung umgebildet. Ein markanter «Linksrutsch» fand statt: De jure übten nun auf Koalitionsbasis die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre die Macht aus. De facto war sie aber zu schwach, um die fortschreitende revolutionäre Flut aufzuhalten. Hassgefühle, die sich jahrzehntelang im Volk aufgestaut hatten, brachen durch. Liberalismus, parlamentarische Demokratie waren für das Volk *Fremdwörter*. Und sie hatten ihren Anführer gegen die Provisorische Regierung, in der die Massen nur eine Art der Erbschaft des Zarismus sahen: Lenin.

Ende Mai 1917 wurde vom neuen Ministerpräsidenten und in seiner Eigenschaft auch Kriegsminister, dem Sozialrevolutionären F. Kerenskij, General A. A. Brussilow zum Oberbefehlshaber der Russischen Armee berufen. Von patriotischen Gefühlen beseelt, nahm der General das schwere Amt an, obwohl — so steht es in seinen Memoiren — die Armee durch die Februarrevolution in einem «*desolaten Zustand*» war. Die Truppen verweigerten einfach den Gehorsam. Vielerorts wurden die Offiziere verjagt, nicht

wenige ermordet. Die politischen Parolen der Linksextremisten fielen bei ihnen auf guten Nährboden.

Das Gros der Soldaten bekannte sich zu den Sozialrevolutionären. Das Offizierskorps schloss sich der bürgerlichen Konstitutionellen Demokratischen Partei (abgekürzt: Kadet-Partei) an. Die Kluft zwischen Offizieren und Mannschaft nahm also auch auf Parteiebene zu. Dazu kam noch, dass die Offiziere für die Fortsetzung des Krieges eintraten und dass der Soldat in seinem Vorgesetzten den «Herr», also seinen Feind, sah.

Gegen die Propaganda der Linksparteien unter den Soldaten waren die Offiziere machtlos. Sie verfügten über keinerlei politische Ausbildung. Jeder Agitator aus dem Hinterland mit der Kenntnis einiger sozialistischer Broschüren, trieb sie während einer Soldatenversammlung (und diese gab es in jener Zeit genügend) in die Ecke. Eine Gegenpropaganda konnte gar nicht zustande kommen. Die Soldaten pöbeln ihre Offiziere, wenn sie sich überhaupt zu Wort meldeten, aus.

General Brussilows erste Sorge galt der Herstellung der Disziplin. Kerenskij wurde zu den Truppen eingeladen und hielt ihnen zündende Reden. Dazu stellte der Oberbefehlshaber Sturmabteilungen auf: Sie sollten als Ordnungskräfte eingesetzt werden — was wiederum den Bolschewiken, den Anarchisten und den anderen extremen Parteien missfiel. Man hetzte also gegen Kerenskij und «seine Generäle» ...

Kerenskij's Offensive

Um die Stimmung im Lande zu heben, plante Kerenskij eine grossangelegte Offensive. In Galizien sollte die

damals schon geschwächte österreichisch-ungarische Armee geschlagen werden. Am 18. Juni begann der Angriff. Auf 65 Kilometern Breite griffen 31 Divisionen den Gegner an. Anfänglich schien es, als ob die russischen Anstrengungen von Erfolg gekrönt würden. Doch nach einer Woche kam die Wende. Organisationsfehler und Rivalitäten in der Generalität vereitelten den weiteren Vormarsch. Als dann mit deutscher Hilfe die k.u.k. Armee zum Gegenangriff schritt, musste Brussilows Offensive abgebrochen werden.

Vergeblich wurde versucht, die eigenen Truppen umzugruppieren, um den Rückzug zu vermeiden. Die «Demokratisierung» der Kommandogewalt durchkreuzte die Pläne. Die Truppen stimmten «nach demokratischer Art» über die Befehle ihrer Vorgesetzten ab und weigerten sich in den meisten Fällen, den Dispositionen nachzukommen. Die Desertionen häuften sich beängstigend. Bis Ende des Monats verlor die Armee nicht nur die in der Offensive vorübergehend besetzten Gebiete, sondern auch jene, die 1916 in Galizien und in der Bukowina erobert worden waren.

Unterdessen kündigte sich im Hinterland eine neue Krise an. Die schlechte Ernährungslage, die Geldentwertung, die Enttäuschung über den Misserfolg an der Front lösten neue Streikwellen aus. Die politische Unrast der Soldaten in den Heimatgarnisonen erhöhte sich. Am 3. und am 4. Juli kam es in Petrograd — ohne Zutun der Bolschewiken — zu grossangelegten Demonstrationen gegen die *Provisorische Regierung*. Sie konnten nur mit Einsatz von Ordnungstruppen (die damals der Regierung offenbar noch zur Verfügung standen) überwunden

werden. Kerenskij nahm die Demonstrationen zum Anlass, um mit Lenins Partei abzurechnen. Er bezeichnete die Bolschewiken als die Urheber der Unruhen, beschlagnahmte ihre Zeitungen und Druckereien und machte ihre geheimen (aber *nie* dokumentierten) Verbindungen mit dem Feind, der deutschen Reichsregierung, publik. Gegen viele Anführer der Partei wurden Haftbefehle erlassen. Lenin gelang die Flucht nach Finnland; seine Partei war nunmehr in die Illegalität gedrängt. Aber ihre Saat ging auf. «Unsere Provisorische Regierung greift die Bolschewiken heftig an», hiess es in einem Soldatenbrief von der Front. *«Aber wir Soldaten finden nichts an ihnen auszusetzen. Früher waren wir gegen sie, aber jetzt, da die Provisorische Regierung den armen Leuten schon so lange versprochen hat, die Freiheit (verstehe: Demobilisierung) zu geben, sich aber Zeit lässt, gehen wir Schritt für Schritt auf die Seite der Bolschewiken über...»*

Dies war der Zeitpunkt, wo General Brussilow dem Ministerpräsidenten Kerenskij melden musste: Die Armee hat keinen Kampfwert mehr. Sie ist nicht einmal zur Verteidigung der eigenen Stellungen fähig!

Kerenskij ersetzte den in seinen Augen zu pessimistischen Oberbefehlshaber durch einen anderen General, den viel jüngeren und bisher wenig bekannten L. G. Kornilow.

Kornilows Scheitern

Ende Juli wurden an einer kurzfristig einberufenen Tagung der wichtigsten Generäle in Mogiljow — im Hauptquartier der Armee — über die moralisch-politische Schwäche des «demokratischen Militärwesens» ver-

handelt. Die Anwesenden beschlossen, die meisten seit März 1917 verabschiedeten Armeereformen rückgängig zu machen, da diese nach den Worten des Befehlshabers der Westfront, General A. I. Denikin, *«den letzten Nagel zum Sarge unserer ruhmreichen Armee lieferten»*. Kornilow nahm an dieser Versammlung der Generäle nicht teil. Er versuchte vielmehr, die deutsche Offensive gegen Riga aufzufangen. Daneben hegte er auch politische Pläne. Er beabsichtigte, dem «demokratischen Spuk» nicht nur in der Russischen Armee, sondern auch im Hinterland ein Ende zu bereiten. Zu diesem Zweck liess er das ihm ergebene 3. Kavallerie-Korps von der Front abziehen und setzte es am 25. August in Richtung Petrograd in Marsch. Das Ziel war, die Hauptstadt zu besetzen, die Provisorische Regierung zu stürzen und mit einer provisorischen Militärdiktatur die Ordnung herzustellen.

Kerenskij erkannte die Gefahr. Er mobilisierte nicht nur seine eigenen Anhänger, die Sozialisten, gegen Kornilow, sondern er schloss auch mit den radikalsten unter ihnen, mit den Bolschewiken, einen Burgfrieden. Die Milizen der Bolschewiken erhielten Waffen; die Anführer der Partei wurden auf freien Fuss gesetzt und reihten sich daraufhin in die Abwehrfront gegen Kornilow ein.

General Kornilow und seine umstürzlerischen Pläne scheiterten bald. Die dem Kavallerie-Korps vorausgeschickten sozialistischen Agitatoren zogen die Kosaken mit blossen Worten auf die Seite der Provisorischen Regierung. Am 31. August wurde in den Petrograder Gazetten bereits die Zerschlagung des sogenannten «Kornilow-Putsches» bekanntgegeben. Und es kam zu keinerlei Kämpfen.

Das Kavallerie-Korps versagte den Gehorsam. Kerenskij's Ordnungskräfte konnten Kornilow ohne Waffengebrauch inmitten seiner Soldaten verhaften.

Durch den gescheiterten Kornilow-Putsch wurden Lenins Pläne gefördert. Die Zeit der Illegalität seiner Partei dauerte nicht einmal sechs Wochen und trug dazu bei, ihre Popularität im Volk zu erhöhen. Seit April 1917 hatte sich die Mitgliederzahl der Partei vervielfacht. Das neue Programm hiess nun nicht mehr «Alle Macht den Sowjets!», sondern es wurde gefordert, dass die «Diktatur der Bourgeoisie» (gemeint war damit die Provisorische Regierung!) durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt und die Staatsmacht im Namen des Proletariats in Verbindung mit den landlosen Bauern übernommen wurde.

Desertion

Unterdessen trieb Kerenskij den Demokratisierungs-Prozess in Russland voran. *Am 18. September wurde die Russische Republik proklamiert und ein Vorparlament einberufen.* Die Regierung wurde auch umgebildet; die sozialistischen Parteien besaßen nunmehr eine klare Mehrheit. Die Lösung der immer brennender werdenden Probleme — Friedensschluss und Agrarreform — wurde jedoch weiterhin hinausgeschoben. Da gelang es den Bolschewiken in Moskau und später auch in Petrograd, im Arbeiter- und Soldaten-sowjet die Mehrheit zu gewinnen. Daraufhin rüsteten sie unter der Leitung von Leo Trotzki (Lenin war immer noch in Finnland) zum entscheidenden Schlag. Die rote Miliz wurde auf «Kriegsstärke» gebracht, die Beziehun-

gen zu den revolutionären Kronstädter Matrosen enger geknüpft und die Agitationstätigkeit unter den Soldaten intensiviert.

Die Soldaten hatten Ohren für die bolschewistische Agitation, wobei sie mit Losungen für Frieden und Bodenverteilung für Lenins Ideen gewonnen werden konnten. Ein Stimmungsbild über die innere Lage der Armee Anfang Oktober vermittelte der letzte Ober-Kommissar der Fronttruppen der Provisorischen Regierung, W. Stankewitsch in seinen Erinnerungen: *«Der Revaler Besuch blieb mir besonders in Erinnerung. Zum erstenmal stiess ich mit einer rein bolschewistischen Masse zusammen. Die Matrosenversammlungen bestanden zu neun Zehnteln aus Bolschewiken. Meine Aufgabe war, vor diesen die Provisorische Regierung zu verteidigen. Natürlich musste ich dabei die grösste Vorsicht walten lassen, doch ich fühlte das Vergebliche meiner Bemühungen. Allein das Wort «Regierung» rief in der Versammlung eine Spannung hervor, und man fühlte, dass die Welle der Erregung, des Hasses und Misstrauens sofort die ganze Masse erfasste. Das war stark, leidenschaftlich und unwiderstehlich und floss in den einmütigen Ausruf «Nieder!» zusammen...»*

Stankewitsch berichtet weiter, dass bei der Rückkehr aus Reval der Zug von Deserteuren besetzt worden sei, die *«auf jeder Station anzutreffen waren und sogar auf die Wagendächer stiegen, von wo sie nur mit Mühe heruntergeholt werden konnten».* (In dieser Zeit wurde die Zahl der Deserteure in Russland auf über 3 Millionen geschätzt.)

Nun nützte auch Kerenskij's Ehrenwort nichts mehr, dass die Soldaten nur noch bis Einbruch des Winters 1917 an der Front ausharren müssten, denn —

insgeheim — hatte der Regierungschef bereits Schritte für einen Separatfrieden mit den Zentralmächten eingeleitet. Die uniformierte Masse glaubte ihm nicht und drängte nach Hause. Stankewitsch: *«Wir erlebten geradezu tragische Minuten, als wir von den Divisionsstäben Telegramme erhielten, wonach die Soldaten des soundsovielten Regimentes ihre Stellungen verlassen hatten und in Richtung der Stäbe der Division zurückgingen ... Nach einer Viertelstunde hiess es: auch die Soldaten des soundsovielten Regimentes haben ihre Stellungen verlassen und gehen in Richtung Heimat zurück. Und so ging es weiter ... Letzten Endes konnte ein jeder solcher Aufruhr verhältnismässig friedlich geregelt werden, aber es wurde uns klar, dass wir keine Armee mehr hatten. Es drohte sogar die Gefahr, dass sich der passive Widerstand in einen aktiven Kampf gegen die Regierung verwandeln würde. Die Bolschewiken erhoben plötzlich das Haupt und fühlten sich als Herren der Lage in der Armee ...»*

Die Machtergreifung

Am 10. Oktober fand in Petrograd eine wichtige Sitzung des ZK der Bolschewistischen Partei statt. Lenin, insgeheim zurückgekehrt, plädierte für möglichst baldigen Aufstand gegen Kerenskij. Der Leiter des «Revolutionären Militärkomitees» der Petrograder Sowjets, Trotzki, unterstützte ihn und arbeitete Tag und Nacht für dieses Ziel. Ihm war es auch gelungen, die in und um Petrograd stationierten Truppen für die Bolschewiken zu gewinnen bzw. sie dazu zu verpflichten, nicht einzugreifen.

Am 24. Oktober schrieb Lenin aus seinem Petrograder Versteck an die

Mitglieder des Zentralkomitees: *«Die Lage ist äusserst kritisch ... Jetzt hängt alles an einem Haar ... Auf keinen Fall darf die Macht bis zum 25. Oktober in den Händen Kerenskij und Konsorten belassen werden, unter keinen Umständen! ... Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod!»*

Lenin wusste zu jener Zeit, dass Kerenskij besondere Vorbereitungen traf: Truppen sollten zusammengezogen und die Presse der Bolschewiken (abermals) verboten werden. Aufgrund von Lenins historischem Brief wurde nunmehr in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober im Smolny-Gebäude der Entschluss gefasst, den bewaffneten Aufstand gegen die Provisorische Regierung unverzüglich auszulösen.

Das Kräfteverhältnis in Petrograd hatte sich stark zugunsten der Bolschewiken verändert. Die Arbeiter-Miliz (die «Rote Garde») verfügte über 20 000 Mann. Mit ihr sympathisierten etwa 60 000 Matrosen der Baltischen Flotte. Zwar bestand die Petrograder Garnison aus etwa 180 000 Soldaten, doch galten höchstens 30 000 Soldaten noch als regierungstreu. Wie die Ereignisse zeigten, war selbst diese Annahme zu hoch. Als es darauf ankam, blieben zum Schutze der Provisorischen Regierung nicht einmal tausend Soldaten übrig, und auch diese waren infolge der Desorganisation wenig brauchbar.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober begannen Trotzki's bewaffnete Männer Petrograd, d. h. die wichtigsten Punkte der Metropole, zu besetzen. «Fast widerstandslos», wie Trotzki in einer in Vergessenheit geratenen, im Jahre 1918 in Bern veröffentlichten Schilderung beschrieb («Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag»).

Am 25. Oktober tagten in Petrograd zwei politische Gremien: Kerenskij mit seinen Ministern im Winterpalais und der 2. Allrussische Sowjetkongress im Smolny-Gebäude. Lenin wollte unter anderem den Kongress vor vollendete Tatsachen stellen und durch ihn — nach dem Staatsstreich — die «Sowjetmacht» in Russland proklamieren lassen. Aber der Kongress wollte sich in kein Abenteuer einlassen und schlug *vorerst* eine friedliche Lösung für die gegenwärtige politische Krise vor.

Indessen umstellten Rote-Garde-Abteilungen das Winterpalais, wo noch einige hundert Offizierschüler und Einheiten eines Frauenbataillons die Provisorische Regierung schützten. Im Laufe des Tages nahm die Zahl der Verteidiger ab: einige Abteilungen hatten sich bereits eigenmächtig zurückgezogen. Der Angriff auf das Winterpalais begann am Abend um 21 Uhr. Der Widerstand war kaum nennenswert, aber es dauerte bis Mitternacht, bis in diesem riesigen Gebäude die Rotgardisten den Sitzungssaal der noch immer tagenden Minister erreichten. Der Anführer der Matrosen und roten Milizisten, W.A. Antonow-Owsejenko, Mitglied des Revolutionären Militärkomitees, verhaftete die Anwesenden. Kerenskij hatte jedoch seine Kollegen schon vor Stunden verlassen, um ausserhalb der Hauptstadt Militärhilfe herbeizuholen.

Im Kampf um das Winterpalais fielen *vier*, in ganz Petrograd insgesamt *61* Personen. Was später als die «Grosse Sozialistische Oktoberrevolution» bezeichnet wurde, ging ziemlich unblutig über die Weltbühne. Trotzki wandte sich nun dem 2. Allrussischen Sowjetkongress zu. Er gab bekannt, dass die Provisorische Regierung gestürzt sei. *«Sie wartet nur auf den Besen der*

Geschichte, der sie auskehren muss!» rief er. In diesem Moment erschien Lenin im Saal und wurde mit Beifall empfangen. Er ergriff das Wort und forderte die Bildung einer «Sowjetregierung», ohne irgendwelche Beteiligung der bürgerlichen Parteien. Der alte Staatsapparat sollte zerstört werden. Lenin schloss: «Von jetzt an beginnt eine neue Epoche in der Geschichte Russlands, und diese soll uns in ihrem Enderfolg zum Sieg des Sozialismus führen!» Er verkündete offen die Machtübernahme. Da verliess die Mehrheit der Delegierten den Saal. Sie gingen davon aus, dass gemäss Beschluss des 1. Allrussischen Sowjetkongresses vom Sommer 1917 (und nach den Prinzipien der Demokratie) die Versammlung beschlussunfähig wurde. Zurück blieben die Bolschewiken und ein Teil — der linke Flügel — der Sozialrevolutionäre. Diese verschwendeten keinen Gedanken an ihre «Beschlussunfähigkeit» und wählten sofort die «erste Regierung der neuen Macht», den Rat der Volkskommissare.

Den Worten folgten Taten: den Aufruf des Revolutionären Militärkomitees (der «Stab» des Aufstandes) vom 26. Oktober ergänzten drei grundlegende Dekrete Lenins: gesetzgeberische Akte über den sofortigen Friedensschluss, über die Aufteilung des Grossgrundbesitzes und über die Bildung einer «Arbeiter- und Bauernregierung».

Kerenskij gab sich jedoch noch nicht geschlagen. In- und ausserhalb Petrograds organisierte er den Gegenangriff. Am zweiten Tag nach dem Fall des Winterpalais, am 29. Oktober, erhoben sich die Fähnriche der «Wladimir-und-Paulus»-Lehranstalt in Petrograd. Es kam zu blutigen Kämpfen mit über

hundert Toten, bis es Trotzki gelang, die Revolte niederzuschlagen.

Das Vorgehen der Matrosen in Petrograd (unter anderem gegen die Fähnriche) schreckte die bisher eher passive Bevölkerung der Hauptstadt auf. Die Post, die Banken, das Telegraphenamnt und die Staatsbahnen weigerten sich, Lenins Staatsstreich anzuerkennen. Es gab Streiks. Die Bolschewiken mussten durchgreifen. Sie verboten die ihnen feindliche Presse und begannen, die ihnen nicht angenehmen Politiker zu verhaften.

Kaum war die Ordnung in Petrograd einigermaßen hergestellt, kam die Nachricht: Kerenskij marschiert mit General Krasnows Truppen gegen die Hauptstadt. Das neugeschaffene Komitee für Militärangelegenheiten versuchte die Petrograder Garnison für die Verteidigung der Hauptstadt zu mobilisieren. Jetzt aber verspürten die Bolschewiken am eigenen Leib die negativen Folgen der Politik der «Demokratisierung der Armee». Endlose Debatten in den Kasernenhöfen, «gute Ratschläge», wie die Krasnow-Kosaken zu beschwichtigen seien — aber keinerlei Kampfbereitschaft. Nicht grundlos beklagte sich später Trotzki: *«Soeben erst hatte man einen unblutigen Sieg errungen und schon sollte man gegen einen Feind von wer weiss welcher Stärke zu neuen Kämpfen mit wer weiss welchem Ausgang ausziehen?»* Mit Mühe und Not gelang es am 29. Oktober einige Abteilungen der Matrosen und der Roten Garden für die Verteidigung Petrograds aufzubieten.

Mit ein paar verlässlichen Regimentern hätte Kerenskij wahrscheinlich Petrograd zurückerobern können. Aber solche Truppenteile existierten schon lange nicht mehr. General

P.N. Krasnow, eher ein Konservativer, persönlicher Freund von Kornilow und kein Anhänger des Sozialrevolutionären Kerenskijs, hielt es dennoch für seine Pflicht, die rechtmässige Regierung zu unterstützen. Seine Truppen aber — schwach und teilweise schon stark demoralisiert — besaßen keine Schlagkraft. Am 30. Oktober endete ein kurzes Gefecht auf den Höhen von Pulkowo mit einem Abwehrerfolg der Roten. Damit war der «Marsch gegen Petrograd» gescheitert! In den folgenden Tagen gingen die Rote-Garde-Abteilungen zum Gegenangriff über, nahmen sogar Gattschina, das Hauptquartier von Krasnow ein, und verhafteten den General. Kerenskij musste einsehen, dass die Sache, für die er sich persönlich so eingesetzt hatte, im Lande selbst verloren ging. Er tauchte unter und verliess Russland im Juni 1918, um nach England ins Exil zu gehen.

Zu gleicher Zeit, als sich die Bolschewiken in Petrograd gegenüber Kerenskij behaupteten, errangen sie auch die Oberhand in Moskau. Nachdem die beiden grossen Zentren in ihre Hand gelangt waren, dehnten sie ihre Macht immer weiter über das Land aus. Die Dekrete über den Frieden und die Agrarreform sorgten überall für Sympathisanten.

Und die Russische Armee? Die Frontarmeen nahmen den Staatsstreich in Petrograd mit erstaunlicher Gleichgültigkeit hin. Für den Soldaten war nur eines wichtig: Lenin verkündete den «Frieden», und die neue Regierung nahm sofort mit den Gegnern Waffenstillstandsverhandlungen auf. Was das innere Gefüge der Armee betraf, dort wurden alle drakonischen Massnahmen Kerenskijs betreffend die Festigung der Disziplin rückgängig gemacht

und zugleich alle Dienstränge und Chargen abgeschafft. Die Armee sollte «tief demokratisch» werden. Kommissare übernahmen die Führung. Generaloberst N.N. Duchonin, der letzte Höchstkommmandierende der Russischen Armee (er löste Kornilow in dieser Funktion im September ab), wurde in seinem eigenen Hauptquartier von Emissären der Sowjetregierung verhaftet und am 22. November auf dem Weg zum Bahnhof gelyncht. Lenin ernannte einen «Altbolschewiken, den Juristen N.W. Krylenko — er hatte in der Russischen Armee den Dienstrang eines Fähnrichs —, zum neuen Höchstkommmandierenden. Da er nur wenig von praktischen Fragen der Armeeorganisation verstand, musste ihm bald ein Berufsoffizier beigegeben werden.

Am 3. Dezember 1917 wurde zwi-

schen dem neuen Russland und den Vertretern der Zentralmächte in Brest-Litowsk ein Waffenstillstand, befristet auf 28 Tage, abgeschlossen.

Die Fronten schwiegen. Die Armee schien überflüssig zu sein, denn Lenin und seine Genossen glaubten fest daran, dass die Weltrevolution bald ausbrechen werde und damit alle Probleme, die mit dem gegenwärtigen Krieg zusammenhingen, auf einen Schlag ihre Lösung finden würden.

So löste sich die Russische Armee bis zum Jahresende, ohne viel Zutun der Bolschewiken, von selbst auf. Das Gros der Soldaten verliess die Truppen. Diese von den Bolschewiken geförderte Auflösung wurde jedoch im Februar 1918 beinahe zum Verhängnis des neuen Regimes.

Peter Gosztony

«Etwas näher dem Herzen der Schöpfung ...»

Paul Klee: Ausstellung und Tagebücher

Bern 1935: «Warum Paul Klee — ein so abseitiger, verrückter Maler?» So mochten sich viele Berner fragen, als die erste schweizerische Klee-Ausstellung in der Kunsthalle Bern stattfand. Und sie blieben der Veranstaltung weitgehend fern.

Bern 1987: «Warum Paul Klee, den man so überaus gut kennt?» tönte es ein halbes Jahrhundert später vor der grossen Retrospektive Paul Klee in New York und Bern — und die Leute stehen doch Schlange beim Eintritt.

Beide Fragen zielen an Paul Klee vorbei. «Abseitig» war er schon 1935 nicht mehr, er hatte Erfolg in Deutsch-

land, kannte seinen Wert, die Bilder schrieb er zwischen 700 und 5000 Franken an, was damals hoch war (nach Aussage des einstigen Kunsthalle-Leiters Max Huggler, «Berner Zeitung» 27.10.1987).

Aber auch — zur Frage 1987 — mit der «Bekanntheit» Klees ist es so eine Sache. Gewiss, er gehört neben Picasso zu den beliebtesten Künstlern des Jahrhunderts. Aber er wurde seit Jahrzehnten von einigen Interpreten und vom Publikum redimensioniert auf harmlose ästhetische Poesie, die sich gut für Postkartengrüsse an Freunde eignet. Sogar René Margritte nannte ihn «rein



Paul Klee: Selbstporträt 1909, Aquarell auf Leinen, 16,5 × 13,5 cm. Als Zuschauer mit aufgestütztem Kopf stellt sich der Dreissigjährige dar. Im selben Jahr 1909 notiert er ins Tagebuch: «Die Natur ist beredt bis zum Verworrenen, der Künstler sei ausserordentlich verschwiegen.»

dekorativ». Schliesslich gingen Klees Motive in Werbedesign und Stoffmuster ein.

Popularität ist nicht immer mit Verständnis gleichzusetzen. Das hat man im Kunstmuseum Bern, wo man die wichtigste öffentliche Sammlung Paul Klees bewahrt, längst eingesehen. Insbesondere der Konservator der Klee-Stiftung, Jürgen Glaesemer, betreibt eine Art Entmystifizierung und Entniedlichung der Klee-Rezeption. Das geschieht, indem er hinter der lyrischen Berückung der Einzelwerke immer wieder Einblicke ins gestalterische und geistige Laboratorium freigibt.

Zwei Unternehmungen geschehen gegenwärtig in diesem Sinn: Die grosse Retrospektive und die im Januar erscheinende erste kritische Gesamt-

ausgabe von Klees Tagebüchern. Man erwarte nicht einen «neuen Klee». Aber dem Kunstfreund werden die ungemein vielfältigen Schichten und Beziehungsebenen von Klees Schaffen nahegebracht — und zwar nicht über gelehrte Interpretationen, noch über Literarisierung, sondern ganz und gar vom Werk und von der Anschauung her.

Was mit solchen Schichten gemeint ist, möchte ich anhand dreier Aspekte erläutern: die jetzige Retrospektive, ihre Aufnahme in den USA, die Tagebücher.

Die Ausstellung

Die Vorgeschichte: Anlass zur Ausstellung «Die Zwitscher-Maschine, Paul Klee — Leben und Werk» war der langgehegte Wunsch des MOMA, des Museum of Modern Art in New York, Klee wieder einmal im Gesamtkontext zu sehen. Die jetzige Ausstellung begann denn auch im MOMA, kam nach Cleveland und macht jetzt in Bern als dem einzigen Ort in Europa Station.

Rund 300 Werke stellten die Veranstalter (Carolyn Lanchner vom MOMA und Jürgen Glaesemer vom Berner Museum) zusammen. Ein Drittel stammt aus der Klee-Stiftung in Bern (mit ihrem Bestand von 2700 Arbeiten), dazu kommen wichtige Werke aus öffentlichen und privaten Sammlungen von Hannover bis Chicago. Man darf Direktor Hans Christoph von Tavel glauben: «Es handelt sich um die zweifellos letzte grosse Gesamtausstellung Klees in unserem Jahrhundert.»

Die Präsentation in Bern ist streng chronologisch. Gleichzeitig sind die Werke zu Gruppen gefasst wie Per-



Paul Klee: *Komiker* 1904. Radierung 15,3 × 16,8 cm. Ein wichtiges Thema für Klee: Der Zuschauer hinter der Maske.

spektiven, Theater, Quadratbilder. In einer Serie erscheinen die Tunisaquarelle, bei denen Klee sich erstmals mit der Farbe «eins» fühlte; oder Klees Umgang mit der Tonart Rosa wird demonstriert.

So entstehen stimmungshafte Bereiche, die dem Besucher eine optische Orientierung und Übersicht erlauben. Er ist nicht genötigt, die 300 Werke in gleichmässiger Folge abzuhaken. Gleichzeitig entdeckt er *leitmotivische Stränge*.

Da sind einmal jene Kasperlefiguren, die — örtlich und geistig — im Zentrum der Ausstellung plaziert sind und die Paul Klee zwischen 1916 und 1925

für seinen Sohn Felix schuf: ein wahrhaft phantastisches Welttheater vom «Elektrischen Spuk» mit Stecker-Kopf bis zum «Herr Tod». In der Mitte steht in einem Kreislein von Einsamkeit eine stille Figur in dunklem Kleid, mit Bakkenbart und grossen Augen — ein Zauberer mit den Zügen von Paul Klee. (Und es muss für Klee nicht ohne Hinterhalt gewesen sein, zuzusehen, wie das Söhnchen mit seinem Vater im Puppentheater umging.)

Der Zauberer, der Maskenhafte: er wird zum Führer durch einen Teil der Ausstellung. Man findet ihn wieder in vielen Selbstbildnissen, in denen Klee sich nicht direkt präsentiert, sondern

der verhaltene Beobachter bleibt, den Kopf aufgestützt, oder verschattet als «Zeichner am Fenster», einmal verrätstelt in eine Maske mit geschlossenen Augen.

Kein Spontaner ist das, schon gar kein «Wilder», sondern ein bald skeptischer, bald humorvoll-ironischer *Magister Ludi*. Er führt uns sein Frühwerk vor, posen- und possenhafte Helden in manierten Linienarabesken, ein «Komiker» hinter der Maske. Er geleitet uns dann zu den zahlreichen Aquarellen und Zeichnungen von Bühnen, Akrobaten, Akteuren: Das sind geradezu Regievorschläge für Szenen des scheinbar absichtslosen Spiels, das sich — wie immer bei Klee — wandelt zu absichtsvollen Situationen der Lebensbühne überhaupt. Denn das passiert uns doch in der Wirklichkeit: die Balanceakte auf hohem Seil, das «Irrenhaus» mit Ghettofiguren, der prahlerische «Grosse Kaiser, zum Kampf gerüstet».

Im nächsten Raum wird Klee zum Magister der Musik. Er wollte ja auch Geiger werden, hat lange geschwankt, entschloss sich dann zum Maler, weil es dort noch keinen Vollender wie Mozart gegeben habe und das Schicksal offenstehe, «heute die Malerei zu beherrschen». Dafür wolle er, Klee, aus polyphonen Musikwerken «Erkenntnisse schöpfen ... um dann im Bild diesen Dingen nachzuwarten.»

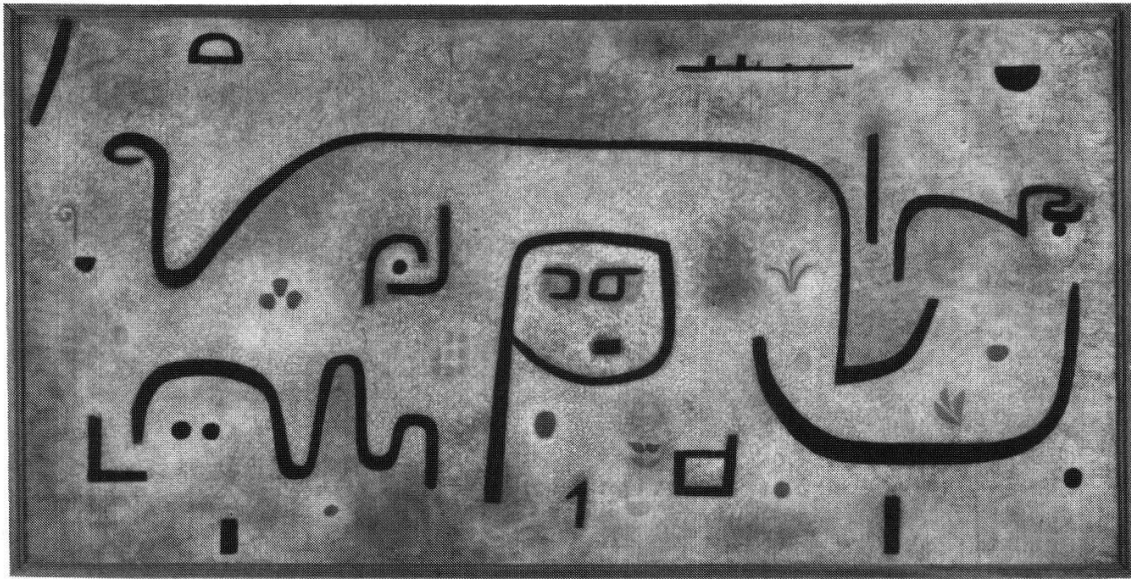
In Bern erlebt man hinreissende Rhythmen und Tonfolgen, in der «Fuge in Rot», in Schiffen, Wellen. Viele Werke haben den Fluss von Partituren. Die musikalische Bewegung ist die Urmutter von Klees Schaffen.

Mitten drin ist man jetzt in der Augenlust. Hier merkt man wieder, wie wichtig — besonders beim nuancenreichen Klee — *die Originale* sind, wie sie

uns die Augen putzen nach all den Reproduktionen. Die romantische Kühle der «Kristall-Stufung», die orangen Sonnenreflexe im «Steinbruch Ostermundigen» sind erst mit den originalen Farben und im Massstab 1:1 fassbar in der ganzen Pracht. Oder die witzige Absurdität der «Zwitscher-Maschine» (Titel eines berühmten Blattes aus dem MOMA sowie der jetzigen Ausstellung) wird deutlich, wenn man den himmlisch kühlblauen Grund sieht — und davor die spitzige maschinelle Kunstkünstlichkeit der Drahtvögelchen.

Neben dem Spieler, dem Zauberer, dem Musiker gibt es die strenge Leitplanke des *Bauhausmeisters*. Ein Raum gilt den Manuskripten zum ersten Vorlesungsjahr am Bauhaus Weimar, 1921/22. Hier hat Klee in Worten und Skizzen die Grundelemente der Form untersucht und sie auf die Ordnungsströme von Natur, Musik, Kosmos hin geöffnet. Er hat etwa die Kämpfe zwischen der «aggressiven Geraden» mit dem «in sich ruhenden Kreis» didaktisch ausgetragen und «den Sieg des flüssigen Charakters über den festen» postuliert. (Und sind dies auch nicht schon wieder Lebenserfahrungen?)

Jetzt, bei der Führung durch den Bauhausmeister, entdeckt man in den harmonisierten Gestaltungen der Bilder die grossen Ordnungen und Gesetzmässigkeiten. Klee nämlich, hie und da zum Ahnherrn unserer neuen vagen «Innerlichkeit» erhoben, kannte genau die Gefahren einer formal unbewältigten Seelenhaftigkeit. So sagte er seinen Schülern, «dass uns die geistvollste Auffassung des Zusammenwirkens der Dinge im Weltganzen nichts nützt, wenn wir nicht auch nach dieser Richtung mit Formen ausgerüstet sind. Dass uns das tiefste Gemüt, die schön-



Paul Klee: «Insula dulcamara» 1938, Öl auf Jute, 88 × 176 cm. Dunkle Balken auf blühender Farbe. Aussöhnung und Balance zwischen Gegensätzen gehören zu Klees Anliegen.

ste Seele nichts nützt, wenn wir die dazugehörigen Formen nicht bei der Hand haben.»

Auf dem Boden solch bewusster Schulung von Auge, Hand und Geist erhalten dann auch viel-zitierte poetische Aussagen Klees eine durchaus reale Dimension: «Etwas näher dem Herzen der Schöpfung als üblich. Und noch lange nicht nahe genug.»

Das Spätwerk (1937–1940) bildet einen eigenen Sektor, verlegt in die Räume des Altbaus. Durch Kammern hindurch erblickt man in der Achse eine Komposition aus Privatbesitz, «Der Schrank» von 1940, aus Klees Todesjahr. Nichts als ein Hochrechteck in dicker schwarzer Umrandung, brennend rot bemalt: Sarg oder Tor? Immer dieses Bild vor sich, geht und geht man, rechts und links die grossen dunklen Runenkompositionen, die Darstellungen zerstückelter Körper, die leicht ironisierten «Weilandfiguren», die die verblässenden Insignien ihres früheren diesseitigen Status nicht ohne Komik

ins Jenseits tragen. Und dann natürlich die Engel, weitausgreifend hingeschrieben wie in einem Linienzug: tröstliche Wesen aus Zwischenreichen, die als Echo der Angst und der Verzweiflung und der Scham dem Menschen antworten, und hie und da — bei allem Tod-Ernst ihres Zeichners — auch dem Schalk.

Das war 1940. Klee wusste von seiner schweren Krankheit. Und es war Krieg. Da vollbringt der Grenzgänger zwischen hier und dort ein letztes Wunder. Er zieht sich nicht in die Tragik der persönlichen «Befindlichkeit» zurück, sondern erschafft Hieroglyphen, die ebenso für private Tragik wie für das Töten in der Welt stehen.

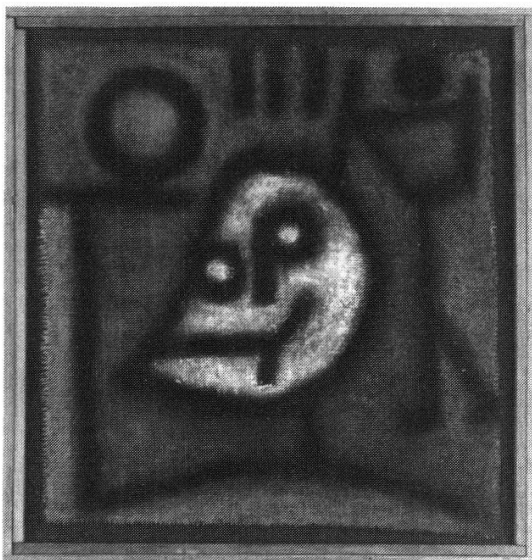
Im Zeichen dieses umfassenden Schöpferischen, dieses Mutes vor letzten Dingen, wird die oft diskutierte Frage, ob Klee auch «ein politischer Künstler» war, hinfällig. Er war es, allerdings in jenem weitgespannten Sinn, den sich Politiker noch aneignen müssten.

Klee in den USA

Seit Jahren überschwemmt uns Amerika mit lauten, riesigen Bildern, mit schrillen Graffiti, Scherbencollagen, knalligen Fotos.

Was soll Paul Klee mit seiner Sensation der Stille, seinen Kleinformaten in New York?

Immerhin, die Frage des MOMA nach einer Klee-Ausstellung hat Tradition. In den USA kennt man Klee seit den zwanziger Jahren. Zuerst blieb zwar die Begeisterung für den «Meteor aus der Schweiz», wie ein Kritiker ihn damals nannte, auf einen kleinen Kreis um Marcel Duchamp beschränkt. Dann aber trugen die aus Deutschland emigrierten Kunsthändler und Sammler um 1930 zur Verbreitung von Klees Werken bei. Bereits gehörte der junge Kunsthistoriker Alfred H. Barr zu den Klee-Fans. Er wurde Direktor des neugegründeten Museum of Modern Art und veranstaltete dort 1930 die erste



Paul Klee: «Tod und Feuer» 1940, Öl und Kleisterfarbe auf Jute, 46 × 44 cm. Der Mut, im Jahr des Todes den letzten Dingen ins Auge zu sehen.

grosse Klee-Ausstellung, der weitere folgten.

Bilder gelangten in amerikanische Museen. Der Architekt Philip Johnson, einstiger Schüler von Mies van der Rohe, war einer der frühen Klee-Sammler. Josef Albers, Bauhausmeister wie Klee, der mit seiner jüdischen Frau nach Amerika ausgewandert war, brachte den Kunststudenten Klees Gedankengut nahe.

Die Künstler reagierten, aber glücklicherweise nicht als epigonale «Schule Klee». Vielmehr erkannten sie — eher besser als die Europäer — die enorme Vielfältigkeit des Œuvre. Von Rothko, Newman, Jasper Johns, Pollock gibt es *Rückbezüge* zum stillen Maler in Bern, der selbst wenig reiste und schon gar nicht nach Amerika. «Klees Ästhetik trifft den Geist des Abstrakten Expressionismus im Kern», schrieb William Seitz 1955 in einer Abhandlung über die «New York School».

Und heute?

Die im Frühling 1987 in New York gezeigte Retrospektive löste Begeisterung aus. Aber hohe Besucherzahlen verzeichnet Klee seit lange und überall. Offensichtlich jedoch ging die Auseinandersetzung über die gewohnte Volkstümlichkeit hinaus. Kürzlich erschien ein rückblickender Bericht mit der Feststellung, die Klee-Ausstellung vom Frühling habe bereits Einfluss geübt auf die junge Künstlergeneration. Und noch während der Ausstellung schrieb Jane Adams Allen in der «New York City Tribune» vom 16. Februar dieses Jahres: «Die wichtige Klee-Retrospektive des Museum of Modern Art ist eine Oase von subtilem Humor in dieser Ära der High-Tech-Extravaganzen. Zwar mag die Kunstwelt New Yorks immer noch zu Julian Schnabels

Geschirr-zertrümmenden Rhythmen tanzen, ein wesentlicher Teil unter ihnen hat unmissverständlich Sehnsucht nach *mehr Poesie und weniger Lärm.*».

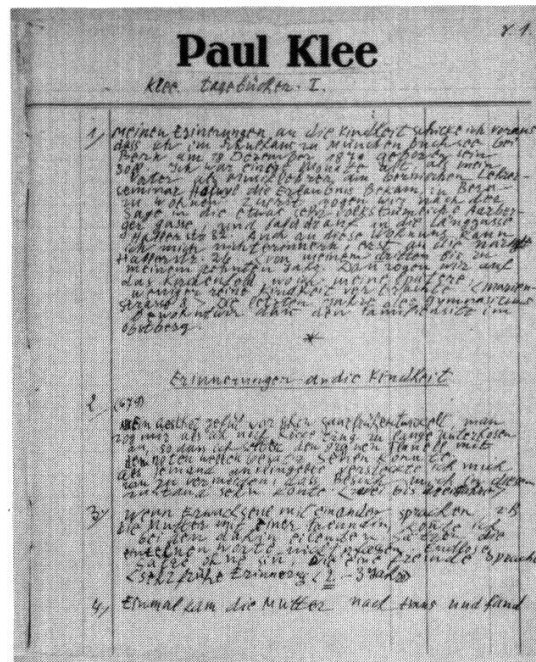
Wer weiss, vielleicht schickt Amerika uns für die nächsten internationalen Kunstmesen «Oasen der Stille»? Und irgendwo würde dann «Weiland Klee» lächeln, dass ihm der einstige Wunsch doch immer wieder in Erfüllung zu gehen scheint, nämlich «heute die Malerei zu beherrschen.»

Die Tagebücher

Die Handschrift Goethes, eine Locke Mozarts — wer kennt nicht die ehrfürchtige Berührung vor solch authentischen Lebenszeugnissen: Hier war er, hier ist er noch.

Es war aber kein heiliger Schauer, es war eher eine tiefe Heiterkeit, die mich erfüllte, als ich die Tagebücher von Paul Klee in Händen hielt. Da kommt ein epochales Künstlerbuch im Gewand von Aschenputtel daher. Unscheinbare Hefte sind es, broschierte Einbände, blauliniertes Papier, grad recht für rasche Haushaltnotizen. In die schmale Randkolonne hat Paul Klee Zahlen gesetzt, die jeweils einen Abschnitt oder einen Gedanken seiner Eintragungen numerieren — und er führte die Zahlen fort von Nummer 1 im Jahr 1898 bis 1134 im Jahr 1918. Damit erhalten die Eintragungen das Gewicht biblischer Geschehnisse.

Der Bogen ist von Anfang an weit angelegt: auf Lebensforschung. Denn Klee beginnt mit den Erinnerungen an die Kindheit, die er in knappe, präzise Sätze fasst. Tatsächlich war *das Kindsein* einer der Bausteine für sein Leben. Der Sechszwanzigjährige schrieb —



Paul Klee: Tagebuch-Ausschnitt. So beginnt das Tagebuch von Paul Klee, reinlich geschrieben, ohne Korrekturen. Seinen Namen hat er aus einer Druckschrift ausgeschnitten und eincolligiert, wie ein Epitaph.

und empfand sich dabei erstmals nicht zwiespältig: «Über diese Welt ein Betrachter oder im Weltganzen ein Kind».

Diesem Doppelanspruch von einerseits weiser Übersicht, andererseits *Bewahrung des Kindes in sich* entspricht, dass Klee seine eigenen Kinderzeichnungen ins sorgsam geführte Œuvre-Verzeichnis als vollgültige Werke aufnahm. Dass er die kleinen Schritte und Aussprüche seines Sohns Felix im Tagebuch protokollierte. Da steht das totale Ernstnehmen des Lebens als Kind dahinter, ein Ernst, den wir unter unserem Riesenkonsumkinderangebot mitsamt dem schillernen «Jahre des Kindes» vergraben und zugeschüttet haben.

Wer das Tagebuch zu lesen beginnt, wird gespannt sein auf die Eintragungen des alten Malers. Jedoch er wird sie

vergebens suchen. Denn die letzten Notizen datieren 1918, Klee war neununddreissig Jahre alt. Gründe dafür gibt er nicht an. Ahnte er — mit seinem wachen Gespür für den Zeitgeist — dass der Expressionismus zu Ende ging mit der Liebe zur Stilisierung des eigenen Lebens im Tagebuch? Oder war er der Reflexion über sich selbst müde geworden? Er hatte ja früher schon notiert, es wäre «fürchterlich», wenn das «autobiographische Interesse ... Selbstzweck würde.» Vielleicht aber trat ganz einfach Wichtigeres in den Vordergrund. Es war für Klee die 1920 durch Walter Gropius erfolgte Berufung ans Bauhaus Weimar. Jedenfalls muss man sich von 1918 an Klees Leben nach Briefen und nach dem «pädagogischen Nachlass» rekonstruieren.

Ist der Klee-Kenner schon ungeduldig geworden über meinen Ausführungen? Hat er den Einwand erhoben, das wisse man alles? Denn die «Tagebücher von Paul Klee 1898—1918» lagen seit 1957 vor, in einem bei DuMont erschienenen Band. Das stimmt. Aber es handelt sich dabei um eine «gekämmte» Edition, mit Kürzungen, Umstellungen, Zusammenfassungen. Kommas und Orthographie sind verändert, Eigennamen noch lebender Personen wurden durch Kürzel ersetzt.

Die jetzt erscheinende «kritische Gesamtausgabe» gibt Klees Tagebuchmanuskripte erstmals mit sämtlichen Korrekturen, Ergänzungen und Fussnoten vollständig wieder, bearbeitet von Wolfgang Kersten. 600 Seiten werden es sein, etwa 90 Abbildungen aus dem handschriftlichen Original, damit der Leser Klees flüssige, reinliche Schrift miterlebt mit den eingefügten Skizzen, alles fast ohne Ausstreichungen.

Bei den Veränderungen für die neue Ausgabe handelt es sich oft um Einzelheiten, gewiss. Aber bei einem Künstler, der wie Klee *jedem Detail fürstliche Pflege* zukommen liess, sind solche Verschiebungen von Bedeutung.

Da ist etwa die Rechtschreibung. Klee gebrauchte gern das C anstelle von K, also «Cöln», «Direction», was in der DuMont-Ausgabe dann «Köln», «Direktion» hiess — und damit ging ein Hauch von Klee-eigener Preziosität verloren. Da sind fehlende Kommas, die in der ersten Ausgabe durchaus «richtig» eingesetzt wurden; aber etwas von fließend gesprochener Sprache verschwindet. Ist es ein blosses Detail, wenn auf der ersten Seite des Tagebuchs der Maler sein «Paul Klee» mit grosser Druckschrift eincollagierte? Als wolle er seinen Wert, seinen «Tarif» festlegen, ein bisschen spöttisch und auch ein bisschen ehern.

Erstaunlich sind die korrekten Sätze, druckreif. Und doch hat Felix Klee anlässlich der Erstausgabe von 1957 geschrieben, diese Tagebuchaufzeichnungen seines Vaters seien «ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für seine eigene Rechenschaft bestimmt. Mein Vater gewährte zu seinen Lebzeiten niemand, auch mir nicht, Einblick in sein persönliches Bekenntnis.»

Diese Meinung erweist sich in der jetzigen Ausgabe als Irrtum. Paul Klee plante durchaus für die Öffentlichkeit, er verfasste seine *Tagebücher bewusst als Autobiographie*.

Christian Geelhaar hat bereits 1979 nachgewiesen, was jetzt vollends einsehbar wird: Es handelt sich nicht um die ursprünglichen, spontanen Notizen, die Klee zwar machte, aber später grossenteils vernichtete, nachdem er eine stilisierte Überarbeitung davon

gemacht hatte. Dabei hat er Dinge weggelassen, andere — wie etwa künstlerische Einsichten — ausführlicher und abgesicherter argumentiert. Diese zweite Fassung hätte Klee wohl nicht vorgenommen, wenn er nicht schon auf eine Veröffentlichung spekuliert hätte. Einige Textstellen weisen sogar darauf hin, auch spricht er den potentiellen Leser gelegentlich direkt an.

Wolfgang Kersten belegt diese Annahme im Vorwort mit geradezu detektivischen Beweisführungen über Handschrift, Duktus, Tinte, Daten, Jahreszahlen. Dabei kann er auf fünf im Nachlass entdeckte «erste» Blätter zurückgreifen.

Die Einsicht ist fundamental. Damit ändert sich der Stellenwert der Tagebücher. Wir sind nicht auf der Spur von Einblicken, die der Künstler nie erlaubt hätte — nein: So und nicht anders wollte Paul Klee gesehen werden. Er muss schon ein unheimlich bewusster Denker gewesen sein: ein Stratege, der sogar das eigene Leben nicht der zufälligen Spekulation der Nachwelt überlassen wollte. Er, der von sich sagte, er sei «Diesseitig ... gar nicht fassbar», er hat sich zu Lebzeiten stilisiert und durchaus «fassbar» gemacht.

Die seltsam bunte Mischung von alltäglichen Notizen mit höchsten kunsttheoretischen Erkenntnissen ist nun also die von Klee dargebotene Sicht seiner Lebensstruktur. Nicht einmal das eingestreute Berndeutsch ist Zufall, sondern Absicht, fast schon Bekenntnis.

Es gibt — so scheint Klee zu sagen — keine willkürlichen Grenzen zwischen Täglichen-Menschlichem und Genie, zwischen Niedrigem und Hohem, zwischen Innen- und Aussenwelt, der schöpferische Mensch ist hier wie dort. Vielleicht sind die Engel von Klee des-

halb so irdisch, so versöhnend-begreifbar, und nicht hehr wie diejenigen von Rilke. Oder fern wie der grosse Engel an der Pforte von Else Lasker-Schüler mit dem gebrochenen Flügel.

Mit Klees Schriften werden sich Literatur- und Kunsthistoriker noch lange beschäftigen. Die originale Übertragung und ein umfangreicher Index liefern die notwendigen Grundlagen. Aber auch der Laie kann auf authentischen Wegen in diesen Kunst- und Lebensentwurf eindringen.

Und Paul Klee selbst? Er, der so gern über sich nachdachte, der uns fast listig dazu seine eigenen Brücken bereitete, er konnte dann doch plötzlich die literarischen Spekulationen belächeln (in einem Brief vom 31.1.1933 an Will Grohmann) und sie als «eine Aufgabe für dümmere Kunsthistoriker» apostrophieren. Um im Hinblick aufs eigene zeichnerische Schaffen beizufügen: «Aber wie viel Glück in ein paar Linien liegen kann, ist schon eine ernstere Frage.»

Was wohl heisst: Bei aller notwendigen Beschäftigung mit Klees Schriften soll man die Interpretationen nicht überschätzen. Die «ernstere Frage» und das eigentliche «Glück» liegen im bildnerischen Werk, in den «paar Linien». So wenden wir uns immer wieder diesen Kleeschen Linien zu: als hätten wir noch nie welche gesehen.

Annemarie Monteil

Die Ausstellung im Kunstmuseum Bern ist bis 17. Januar 1988 geöffnet.

Katalog zur Ausstellung: «Die Zwitscher-Maschine, Paul Klee Leben und Werk». Mit Beiträgen von Hans Christoph von Tavel, Jürgen Glaesemer, I.K. Werckmeister, Ann Temkin, Carolyn Lanchner, Verlag Gerd Hatje/Arthur Niggli. Fr. 38.—.

Neuerscheinung im Januar 1988: «Paul Klee Tagebücher 1898—1918». Erste kriti-

sche Gesamtausgabe. Herausgegeben von der Paul-Klee-Stiftung, bearbeitet von Wolfgang Kersten. Verlag Gerd Hatje/Arthur Niggli. Fr. 95.—.

Bände über Werke von Paul Klee aus der Klee-Stiftung im Kunstmuseum Bern, Texte jeweils von Jürgen Glaesemer:

«Paul Klee, Handzeichnungen I, Kindheit bis 1920», Fr. 98.—.

«Paul Klee, Handzeichnungen II, 1921—1936», Fr. 118.—.

«Paul Klee, Handzeichnungen III, 1937—1940».

«Paul Klee, Die farbigen Werke im Kunstmuseum Bern». Fr. 320.—.

Die oben zitierten Aussagen Klees aus

der Bauhauszeit sind entnommen der *Faksimile-Ausgabe*: «Paul Klee, Beiträge zur bildnerischen Formenlehre», mit Transkription in Druckschrift und Einleitung von Jürgen Glaesemer, Verlag Schwabe, Fr. 78.—.

Daten: Paul Klee wurde am 18. Dezember 1879 in Münchenbuchsee bei Bern geboren, sein Vater war Musiklehrer am Seminar Hofwil. 1914 Reise nach Tunis. 1921 Beginn der Lehrtätigkeit am Bauhaus Weimar, später Dessau. 1930 Professor an der Akademie Düsseldorf. 1933 Kündigung durch die Nationalsozialisten. Emigration in die Schweiz. 1935 Anzeichen von Sklerodermie. Er stirbt am 29. Juni 1940 im Tessin.

Die St. Galler Waldhandschrift

Jährlich besuchen über achtzigtausend Interessierte den Barocksaal der St. Galler Stiftsbibliothek und betrachten die in Vitrinen ausgestellten Handschriften. Solche Pergamentcodices, vor über tausend Jahren im Skriptorium des Gallusklosters entstanden, üben auf den heutigen Menschen eine seltsame Faszination aus. Nicht nur das Alter und die Art der Herstellung bewegen sie, sondern ebenso der Inhalt, also Text und Bild. Freilich ist der Zugang zu diesen Handschriften, ihre geistige Aneignung, recht schwierig und beschwerlich, können doch eigentlich nur wenige Fachgelehrte die lateinisch abgefassten, wegen der Abkürzungen oft schwer entzifferbaren Texte lesen, verstehen und in die längst vergangene Welt des Mittelalters einordnen. Den meisten Besuchern werden solche Handschriften zu Büchern mit sieben Siegeln, und so kann ursprüngliche Faszination aus dem Bewusstsein eigenen Ungenügens sehr

leicht in Enttäuschung, ja Frustration umschlagen. Schwacher Ersatz für eine nicht stattgefundene geistige Begegnung mit dem Text ist dann oft der Wunsch, wenigstens einmal in einer solchen tausendjährigen Handschrift blättern zu dürfen. Greifen statt begreifen!

Vor zwei Jahren entstand deshalb die Idee, nochmals eine Handschrift im mittelalterlichen Stil herzustellen. Geschrieben nicht in Latein, sondern in den vier gegenwärtigen Landessprachen der Schweiz sollte sie Texte enthalten, die aktuelle Probleme aufgreifen und so den heutigen Leser unmittelbar ansprechen. Zudem sollte sie als einzige Handschrift der Stiftsbibliothek jedem Besucher zugänglich sein, im eigentlichen Sinn des Wortes begreifbar. Als aktuelles Thema drängte sich das in der Schweiz viel diskutierte Problem des Waldsterbens und der ökologischen Veränderungen auf. Zu Wort kommen sollten nicht Naturwissen-

schaftler und Politiker, sondern die Schriftsteller und Dichter der Schweiz. Der Name «St. Galler Waldhandschrift» stand bald einmal fest, weit beschwerlicher war es, das Projekt in die Tat umzusetzen.

Die Idee und die gesamte Entwicklung des einmal gefassten Konzepts stammt von meinem Freund und Mitarbeiter Dr. Beat von Scarpatetti. Als Paläograph und damit als ausgewiesener Kenner mittelalterlicher Handschriften einerseits und als engagierter Vertreter ökologischen Denkens und Handelns andererseits versuchte er neueste Inhalte mit der mittelalterlichen Form des Pergamentcodex zu verbinden. Mit unerbittlichem Willen hat er das gesamte Unternehmen organisiert und der allmählich entstehenden Handschrift ihr Gepräge gegeben. Das Patronat übernahm die Stiftsbibliothek St. Gallen, die auch in Zukunft die St. Galler Waldhandschrift (als Codex Sangallensis 1999) hüten darf. Die finanzielle Unterstützung und damit die Trägerschaft sicherten der «World Wildlife Fund Schweiz» (WWF), der Kanton St. Gallen und die Administration des Katholischen Konfessionsteils des Kantons St. Gallen.

In einem ersten Schritt mussten die Texte beschafft und Skriptoren ausfindig gemacht werden. Zwei Kalligraphen-Treffen in der Stiftsbibliothek St. Gallen (1984 und 1985) führten erstmals die Skriptoren der Schweiz zusammen und gaben ihnen in einer seither weiterbestehenden losen Vereinigung die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte anzugehen. Über dreissig dieser «Schriftkünstler» kalligraphierten zunächst auf einzelnen Pergamentblättern einen Aufruf an alle Schriftstellerinnen und Schriftsteller der Schweiz.

Darin wurden diese aufgefordert, für die St. Galler Waldhandschrift kurze und starke Texte zu verfassen: «Wir rufen Euch auf zum Mitwirken an einer Kulturtat im Angesicht des gegenwärtigen Schicksals von Wald und Natur, des sterbenden Baums. Kalligraphinnen und Kalligraphen der Schweiz werden in vier Sprachen einen pergamentenen Codex schreiben und illuminieren, welcher dem Wald und der Natur, unserer Gesellschaft und unserem Land, letztlich der Welt gewidmet sein soll (...). Unser Dank an alle, die schreiben, geschieht im Zeichen der Bäume, die dastehen: wortlos, aber nicht seelenlos: Worüber Ihr schreiben werdet, darüber werden wir schweigen».

Dem Aufruf folgten insgesamt 123 Schriftsteller und Schriftstellerinnen der Schweiz. Aus allen Landesteilen und in allen vier Landessprachen schickten sie eigens für die St. Galler Waldhandschrift verfasste Texte: Gedichte, Lieder, kurze Erzählungen, Kindheitserinnerungen, Visionen, Essays, Aphorismen. Namen wie Mousse Boulanger, Dominik Brun, Flurin Darms, Christoph Geister, Evelyn Hasler, Thomas Hürlimann, Gertrud Leutenegger, Adolf Muschg, Hans Saner, Silja Walter seien hier genannt, um die Spannweite der Texte und die geistige Welt ihrer Verfasser anzudeuten. Diese Zeitzeugnisse von schreibenden Menschen wurden ergänzt mit 28 Briefen, in welchen Kinder ihre Sorgen und Ängste über Natur und Umwelt zu formulieren versuchten. Eine Umwelt-Chronik, Zeitungsmeldungen entnommen und in 141 Kurzgeschichten umgeformt, hält Veränderungen aus den letzten sieben Jahren fest.

Pergamenthandschriften waren seit mindestens zweihundert Jahren nicht

mehr geschrieben worden. Die alte, weitgehend verlorene Skriptoriumserfahrung musste also neu wiedergewonnen werden. Wissenschaftliche Beobachtungen der Paläographen an alten Codices konnten zwar weiterhelfen, die praktische Ausführung blieb jedoch bis zum Schluss ein Wagnis. Welchen Schwierigkeiten Beat von Scarpatetti und seine Skriptoren immer wieder gegenüberstanden, verdeutliche wenigstens ein Beispiel: Als Pergament diente die Haut von Ziegen aus dem Baselbiet, ein Pergamenter hatte sie eigens für die Waldhandschrift präpariert und in Bogen zugeschnitten. Als die Skriptoren mit der Reinschrift begannen, bemerkten sie, dass ihre Eisengallustinte auf dem Pergament leicht zerfließt. Die Baselbieter Ziegen waren zu gut ernährt worden, ihre Haut zu fettig geworden. Also mussten die Bogen nochmals bearbeitet werden.

Die St. Galler Waldhandschrift besteht aus insgesamt 139 Pergamentblättern in Folioformat, also 238 Seiten. Geschrieben wurden sie von insgesamt 33 Skriptoren und Skriptorinnen aus der ganzen Schweiz, die die verschiedensten Schrifttypen der Spätantike und des Mittelalters verwendet haben, von der Capitalis quadrata und Unziale über die karolingische Minuskel bis zur spätgotischen Bastarda und Kursive. Trotz der vielfältigen Schriftarten wirkt die Handschrift dank ihrer konsequenten Textgestaltung und Texteinrichtung einheitlich und geschlossen. Einen besonderen Reiz bilden die zahlreichen Miniaturen: Initialen, Randbordüren, Federzeichnungen, Malereien, nach Art der Buchkünstler des 7. bis 15. Jahrhunderts, von Irland bis Italien, aber — wie bei den Texten — meistens mit heutigen Sujets (vom Fahrrad bis zur Challenger-Rakete!).

Selbstverständlich erhielt die Handschrift auch einen Einband: von Leder überzogene Holzdeckel, mit Beschlägen, die die äussere Hülle schützen helfen. Der Pergamentcodex ist in XIV Bücher eingeteilt: I Der Baum, II Die Zeit, III Der Wald, IV Göttin und Gott, V Die Frau, VI Der Mann, VII Das Kind, VIII Der Tod, IX Das Tier, X Die Erde, XI Das Dorf, XII Die Stadt, XIII Die Schweiz, XIV Das Buch der Tat. Dieses abschliessende XIV. Buch besteht vorerst aus sieben makellos leeren Seiten. Auf ihnen sollen Taten eingetragen werden, die der ersten Lage des Waldes wirklich entsprechen.

Der Gegensatz von althergebrachter, heute nicht mehr praktizierter Form und zeitgenössisch brisantem Inhalt ist das Novum und das bewusste Charakteristikum der St. Galler Waldhandschrift. Gefördert wird dies durch eine in der Präambel des Codex verordnete Auflage, dass diese handgeschriebenen und illuminierten Seiten niemals Ausstellungsobjekte, sondern Gebrauchsgegenstand für lesende Menschen werden sollen. Die manuell angefertigten Seiten dürfen zudem niemals mit modernen Mitteln redupliziert werden. Die Weiterverbreitung der Texte erfolgt vielmehr durch die Rückkehr zu den uralten menschlichen Praktiken: «Dieses Buch ist in den Jahren 1985—1988 von über 130 Frauen, Männern und Kindern ohne Entgelt verfasst, geschrieben, gemalt und hergestellt worden. Es ist dem Wald und allen Pflanzen, Tieren und Menschen der Erde zuliebe entstanden, in Gedanken an den Waldeinsiedler Gallus mit seinem Bären und an die Natur zu seiner Zeit vor 1300 Jahren, wie auch an die weisen Frauen und Männer aller Völker und Zeiten. Sein Name ist St. Galler

Waldhandschrift. Es soll nie unter Glas ausgestellt werden. Es darf von allen behändigt, gelesen und abgeschrieben werden. Seine Seiten und alle seine Texte sollen nie fotografiert, faksimiliert und gedruckt werden. Es soll sich verbreiten durch stetes Lesen, Vorlesen und durch fortlaufendes Abschreiben. Auf diese Weise möge es von den Menschen beherzigt werden, so dass sie zum Denken, Fühlen und Handeln ermuntert werden.»

Am 15. September 1987 wurde die St. Galler Waldhandschrift erstmals der Öffentlichkeit in St. Gallen vorgestellt. Vier Tage danach fand auf dem Rütli eine Waldlandsgemeinde von Jugendlichen statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Waldhandschrift «allen denen übergeben, die willens sind, für den Wald Entscheidendes zu tun». (B. von Scarpatetti). Adolf Muschg hielt eine in der schweizerischen Presse vielbeachtete Rede, aus der wir folgenden Passus zitieren: «Für den Markt produziert, könnte die Waldhandschrift nur ein Luxusobjekt sein. Als Gemeinschaftsarbeit, überreicht an einer Waldlandsgemeinde, ist sie etwas anderes, sagen wir: ein Muster nicht-ökonomischen Verhaltens. Sie zeigt an, dass wir den Wald noch weniger bezahlen kön-

nen als diese Handschrift. Merken werden wir das spätestens dann, wenn der Wald nicht mehr da ist. Dann wird auch unser eigenes Überleben unerschwinglich. Haben wir selbst einen anderen Zweck? Die Texte, die in dieser Handschrift stehen, sind aus persönlicher Notwendigkeit entstanden. Aber die schöne Form der Handschrift war nicht notwendig. Sie ist ein Zeichen dafür, dass wir nicht für das Notwendige leben. Der Sinn des Lebens ist kein Sachzwang. Wohl aber muss er gegen die Sachzwänge in Schutz genommen werden, sonst kommt er um, nicht anders als der Wald.»

Die St. Galler Waldhandschrift soll — trotz der restriktiven Auflagen — eine breitere Öffentlichkeit erreichen, also nicht bloss die interessierten Besucher der St. Galler Stiftsbibliothek. Deshalb geht sie ab November 1987 auf Tournee. Sie wird in Bibliotheken ausgewählter Städte und Dörfer der Schweiz (und vielleicht auch Europas) zur Lektüre und zum Abschreiben einzelner Texte aufliegen. Wenn sie nicht unterwegs ist, soll sie, so schliesst die Präambel, «in St. Gallen zu treuen Händen verwahrt werden durch die Bibliothek des alten Stifts.»

Peter Ochsenbein

Hugo Marti zur Erinnerung

Im September dieses Jahres fand — veranstaltet vom «Dichtermuseum Liestal» — im Alten Zeughaus in Liestal eine Gedenkfeier für Hugo Marti statt, an der Gedichte und Prosa des Dichters gelesen und Lieder, die Hans Studer auf Gedichte Martis komponiert hatte, vorgetragen wurden. Zur Einleitung sprach Prof. Dr. Edgar Bonjour Worte der Erinnerung, die wir hier publizieren.

Als einer der wohl allerältesten noch lebenden Freunde von Hugo Marti bin ich gebeten worden, in dieser Gedenk-

stunde Worte der Erinnerung an den früh Verstorbenen zu sprechen. Ich erfülle gerne diese Freundespflicht und

will versuchen, aus den tiefsten Schächten meines Gedächtnisses Begegnungen und Gespräche hervorzuholen, die mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Zum ersten Mal sah ich Marti im Gymnasium von Bern. Er war fünf Jahre älter als ich, stand kurz vor der Matura, während ich noch auf der Schulbank des Progymnasiums sass. Durch einen mir bekannten Klassenkameraden Martis vernahm ich, sein Freund dichte im geheimen. Das erregte meine Knabenphantasie mächtig, und ich bestaunte ihn auf dem Schulhof: klein und schlank von Statur, krauses dunkles Haar und ein sehr charakteristischer Kopf mit feinen, aber kräftigen Gesichtszügen.

Dann entschwand Marti längere Zeit meinen Augen. Ich begegnete ihm erst wieder an der Berner Universität, im germanistischen und romanistischen Seminar. Er hatte seinen angestammten Platz oben am Tisch, ich als Neuling unten. Wenn der Professor eine schwierige Frage stellte, richteten sich die Augen aller Kommilitonen auf Marti, den belesensten und reifsten von uns, und er gab ruhig, klar Auskunft, mit warmer dunkler Stimme. Einmal, als wir beide allein im Seminarraum arbeiteten, berichtete er mir, warum er — nun doch schon über dem üblichen Studentenalter stehend — sein Studium noch nicht abgeschlossen hatte. Ich kann heute nicht mehr genau auseinanderrhalten, was er damals erzählte und was ich seither in seiner Schrift «Eine Kindheit» gelesen habe: Er wurde 1893 in Basel geboren, als Sohn eines Berners und einer Basellandschäftlerin, an der Hebelstrasse, «weshalb es vielleicht nahe lag», schreibt er selber, «dass ich mit der besten deutschen Prosa zuerst in Berührung kam, mit Hebels Schatzkästlein», das ihm sein Vater geschenkt

hatte. Während seiner Schulzeit siedelte die Familie nach Liestal über. Die «angriffige, rasonierende Kleinstadt» und vor allem die Jura-Landschaft haben ihn, laut seiner eigenen Aussage, weitgehend geprägt. In dieser Landschaft spielen einige seiner Dichtungen, besonders die Legendensammlung «Das Kirchlein zu den sieben Wundern». Überhaupt ist die Landschaft in seinen Werken ein konstitutives Element.

Da sein Vater zum Direktor einer Bank in der Bundesstadt berufen worden war, kam Hugo als Dreizehnjähriger nach Bern, durchlief das städtische Gymnasium und begann, unter Druck gesetzt von der strengen Stiefmutter, das Studium der Jurisprudenz an der Berner Hochschule. Für das zweite Semester zog er nach Berlin, das dritte verbrachte er in Königsberg. Dann brach er das ungeliebte, nur mit halbem Herzen betriebene Studium ab und stürzte sich an der Berner Hochschule in die Philologie. Als sich ihm aber unerwartet die Möglichkeit einer Hauslehrerstelle bot, nahm er kurzentschlossen an und fuhr nach Rumänien, um dort die Kinder einer fürstlichen Familie zu unterrichten. Inzwischen war der Krieg ausgebrochen, und da die Lage sich verschlimmerte, sollte er die ihm anvertrauten Kinder in die Schweiz bringen. Die beschwerliche Reise führte durch das von der Revolution geschüttelte Russland nach Norwegen, wo der verschärfte, uneingeschränkte Unterseebootkrieg Halt gebot und ihn zu einem zweieinhalb-jährigen Aufenthalt zwang. Erst nach Kriegsschluss kehrte er nach Bern zurück, nahm zielbewusst das neuphilologische Studium wieder auf und führte es zum glänzenden Abschluss.

Wir alle fragten uns, was der hoch-

begabte Dr. phil. nun wohl unternehmen werde, ob er einem Brotberuf zusteure, ob er sich an der Universität habilitiere oder ob er das Dasein eines freien Schriftstellers vorziehe. Denn wir wussten bereits, dass er dichtete. Man munkelte von einem nordischen Epos «Balder», von einem abgeschlossenen Roman «Das Haus am Haff» und von einer Legendensammlung. Was wir aber nicht wussten, war, dass Marti in Norwegen eine Braut hatte und daran dachte, bald einen eigenen Hausstand zu gründen. Dazu brauchte er ein festes Fundament, und das bot sich ihm mit der Übernahme der Feuilleton-Redaktion der Berner Tageszeitung «Der Bund».

Marti hatte dort bereits als freier Mitarbeiter gewirkt, durch Buchbesprechungen und Berichte über Vorträge sowie Theateraufführungen. Jetzt wurde ihm die Leitung des literarischen Teils der Zeitung übertragen. Vom ersten Tage an bewegte er sich in der Redaktion wie der Fisch, den man ins Wasser wirft. Die so ganz unbernische Wendigkeit seines Wesens, die Raschheit seines Entschliessens und Handelns, die Vielseitigkeit seiner Interessen, die Solidität seiner Kenntnisse kamen ihm bei seiner neuen Arbeit sehr zugute. Trotz aller weltmännischen Verbindlichkeit machte er in der Sache keine Konzessionen, hielt an seinem Wertmassstab unbedingt fest. Er erzählte mir einmal, wie schwer es ihm falle, Beiträge von bestempfohlenen Autoren zurückweisen zu müssen, weil sie seinen Ansprüchen nicht genügten.

Unter Josef Viktor Widmann hatte der literarische Teil des «Bund» nicht nur in Bern, sondern in der ganzen Schweiz ein hohes Ansehen genossen. Sogar in Zürich rannten die Studenten

am Samstagmittag nach den Vorlesungen zum Bahnhofkiosk hinunter, um in der Wochenendausgabe des «Bund» die Artikel Widmanns zu lesen. Nach seinem Tod war das Niveau infolge raschen Redaktorenwechsels gesunken. Marti gelang es in erstaunlich kurzer Zeit, dem Feuilleton wieder ein eigenes Profil zu geben. Es war eine Freude zu verfolgen, wie Marti einen ausgezeichneten Mitarbeiterstab zusammenbrachte, wie er ihn anspornte — ich habe das oft als Rezensent der Neuerscheinungen auf dem historischen Gebiet erfahren — wie er immer wieder selber die Feder führte und dezidiert Stellung bezog, nicht nur in literarischen, sondern in allen möglichen Fragen. Es gelang ihm, sein Feuilleton fast auf dasjenige der «Neuen Zürcher Zeitung» zu heben. Während dort Eduard Korrodi mehr die ästhetische Seite pflegte, wandte sich Marti auch der allgemein kulturellen zu. Chefredakteur Ernst Schürch hat seinen Kollegen aus der Nähe scharf beobachtet: «Wie sein grosser Vorgänger am «Bund», Josef Viktor Widmann, so hat auch Hugo Marti gezeigt, dass viel mehr als Frondienst in solchem Tagewerk liegt, dass selbst ein Dichter sein Herz in die Zeitung legen kann. Denn sie reizt und regt an... bewahrt vor dem Absacken in ausweglosen Tiefsinn.»

Mit Martis rasch wachsendem Ansehen wuchs auch seine Pflicht, verantwortungsvolle Ämter im geistigen Leben der Öffentlichkeit zu verwalten. Er trat in den Vorstand des Berner «Vereins für Verbreitung guter Schriften», übernahm das Vizepräsidium des von ihm gegründeten «Theatervereins», stand der «Stiftung für das Drama» vor, arbeitete im geschäftsführenden Ausschuss von «Radio Bern»,

leitete unnachahmlich die literarischen Zusammenkünfte im heimeligen Fuetersöller. Daneben hielt er im Lande herum Vorträge und verfasste Festschriften zu öffentlichen Anlässen. Seine Posten und Ehrenämter führten ihn in die Turbulenz des Gesellschaftslebens, dem er sich zunächst nicht ungerne hingab. Ahnte er, dass ihm nur wenig Zeit zugemessen war, und wollte er deshalb auch am unbefangenen Lebensgenuss noch teilhaben? Wir fürchteten schon früh, dass er seine Lebenskerze an beiden Enden zugleich anzünde.

Daneben fand der Überbeschäftigte immer noch Zeit, die geistig Strebenden zu fördern, für die Benachteiligten einzustehen. Wie rührend sein mehrtägiger Besuch bei den lungenkranken Studenten in Leysin! Wie verständnisvoll besprach und ermunterte er die jungen, noch kaum bekannten Friedrich Glauser, Kurt Guggenheim, Max Frisch! Überhaupt nahm er am Schicksal der Jungen regen Anteil. Wenn ich mit mir selber exemplifizieren darf, da man doch von mir Erinnerungen erwartet: Noch während des Studiums raunte er mir nach einem Seminarvortrag zu: «Sie waren sehr kritisch; Sie sollten bei der Wissenschaft bleiben». Und als ich als junger Lehrer an einem Vormittag vor dem Gymnasium Pausenaufsicht hielt und er zufällig dort vorbeikam, rief er mir lachend zu: «Hüten Sie Ihre Schafe? Dieser Asphalt ist aber eine magere Wiese»; und dann leise und ernsthaft: «Sie gehören in ein Amt, wo Sie mehr Zeit zum Forschen haben.» Die Meldung von meinem Übertritt ins Bundesarchiv begrüßte er freudig und schrieb mir: «Die frohe Nachricht hat mir die Weihnachtstage wahrhaft verschönert. Ihr Lebensweg macht jetzt einen ent-

scheidenden Rank — möge sich eine grosse Landschaft auftun, in der Sie lange wandern, säen und ernten dürfen.» Und als ich dem Ruf an die Universität Basel folgte, bezeichnete er im «Bund» diesen Schritt als eine logische Folge meiner bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit; er war aber der einzige, der spürte, dass mich dieser Eintritt ins volle akademische Lehramt nicht nur freute, sondern auch schwer belastete, und er suchte mir Mut einzuflössen. Kaum war ich in Basel, besuchte er mich, führte mich in der ihm wohlvertrauten Stadt herum, zeigte mir verborgene architektonische Kostbarkeiten und machte mich mit der Eigenart der Altbasler vertraut. Bei einem späteren Besuch, zur Fastnachtszeit, versuchte er, mir, dem Uneingeweihten, diesen alten Basler Brauch näherzubringen, indem er mir seinen Zauber schilderte, ungefähr so wie in seiner Schrift «Eine Kindheit»: «Ich war dabei, ich hatte teil an der Fastnacht, und unausrottbar spukt noch im Manne das Rauschgift. Der aufreizende Klang der Trommeln, der schrille Gesang der Querpfeifen, die gespenstige Farbenglut des Morgenstreichs — allem war ich verfallen als einem mächtigen und geheimen Bann.» Bei jedem Örgelimann, von denen es damals zur Fastnachtszeit in der Stadt wimmelte, unterbrach Marti das Gespräch und legte ein Geldstück in den umgestülpten Hut des Musikers. Er könne an diesen Bettlern einfach nicht vorbeigehen, ohne sie zu beachten, bemerkte er fast entschuldigend. Es war nicht die einzige Gelegenheit, bei der ich Martis Herzengüte feststellen konnte.

Nun sahen wir uns seltener, nicht bloss wegen der räumlichen Trennung, sondern wegen der übermässigen akademischen Inanspruchnahme des jun-

gen Dozenten. Ein knappes halbes Jahr vor seinem Tode mahnte Marti brieflich: «Hoffentlich sehen wir uns doch bald einmal wieder; man sollte nicht zu lange Pausen machen, wenn man sich in diesem kurzen Leben etwas zu sagen hat.» «In diesem kurzen Leben», wie bewegt es mich heute, wenn ich diese Worte wieder lese. Ich war tief in meine Arbeit versunken, als mich ein Telefonanruf meiner Mutter aus Bern aufschreckte: «Hugo Marti liegt schwer krank in Davos.» Ich hatte mich von meiner Bestürzung noch nicht erholt, als nach wenigen Tagen die Todesnachricht eintraf. Die Trauerfeier in Bern schnitt uns allen ins Herz.

Marti war überzeugt, sein Wesentliches, sein Bestes in seiner Dichtung gegeben zu haben. Über sein Verhältnis zur Dichtung hat er sich wiederholt geäußert, zum letzten Mal wohl 1934: «Wir können die Sendung des Dichters nicht darin sehen, sich an die Zeit und das Zeitliche auszuliefern. Die Zeit hat keinen Schuldschein auf den Namen des Dichters. Aber in dieser Zeit den Geist reinhalten, den Ort des Geistes in dieser Welt der Wirklichkeit verteidigen: das ist die Sendung des Dichters, seine Bestimmung wie seine Rechtfertigung, sein Glück und sein Schicksal. Ihm allein hat er zu dienen.»

Wir wollen in dieser Gedenkstunde nicht Martis dichterisches Werk besprechen oder gar analysieren. Sondern er soll selber aus seinen Dichtungen zu uns reden. Sie sind in reicher Fülle während eines kurzen Lebens entstanden, von der Gymnasialzeit in Bern bis zu der Leidenszeit in Davos, zuerst unter dem Einfluss grosser Vorbilder, dann immer eigenständiger, aus

einer reifen dichterischen Persönlichkeit heraus: Gedichte, Novellen, Erzählungen, Romane, Dramen, Biographien, Kurzgeschichten. Am Anfang steht das nordische Epos «Balder», daran reiht sich die in die Jura-Landschaft eingebettete Legende «Das Kirchlein zu den sieben Wundern», die Erzählung «Das Haus am Haff» — das Ostpreussenbuch, wie es Marti nannte —, der Roman «Ein Jahresring» mit dem Hintergrund der norwegischen Landschaft, die Erinnerungsschrift «Rumänisches Intermezzo» und die Novelle «Rumänische Mädchen», die Gedichtsammlung «Der Kelch», das Drama «Die Herberge am Fluss», das Puppenspiel «Lache Prinzessin», die Biographie «Rudolf von Tavel» und schliesslich das erlebnisreiche «Davoser Stundenbuch».

Vielleicht werden Martis Verse und Prosa aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts das gegenwärtige Geschlecht nicht mehr so stark berühren wie damals uns, die Zeitgenossen. Vielleicht werden Martis Dichtungen heute empfunden wie ein wenig vergilbte, feine, anmutsvolle Stahlstiche. Aber der Schönheit der Form, der Echtheit des Gefühls, der Wahrheit der Gedanken wird man sich nicht entziehen können. Als ich mich in den vergangenen Tagen wieder in Hugo Martis Bücher vertiefte, hat mich vor allem das «Davoser Stundenbuch» angesprochen, ja ergriffen. Warum? Weil es Umgebung, Ereignisse, Atmosphäre aus Martis letzten Tagen so eindringlich heraufbeschwört? Weil man hier bei allem Lebenswillen die Todesnähe spürt? Ich weiss es nicht. Ich bekenne mich einfach zu meiner Ergriffenheit.

Edgar Bonjour